

Politischer Jahresbericht

Türkei 2006/2007



Istanbul

Länderbüro Türkei, Juli 2006-Juni 2007

Dr. Ulrike Dufner

Türkeivertretung der
Heinrich Böll Stiftung e.V.
Inönü Cad. Haci Hanim Sok. 10/12
Gümüssuyu – Istanbul
Fon: +90-212-24 91 554
Fax: +90-212-24 50 430
E-Mail: info@boell-tr.org
www.boell-tr.org

Inhalt

Zusammenfassung.....	3
1. Einleitung	4
2. Schwächen des politischen Systems.....	5
3. Politische Parteien – ein Trauerspiel.....	6
4. Religion – Demokratie – Politik	7
5. Militär und Politik.....	8
6. Menschenrechte – Meinungsfreiheit – Art. 301.....	13
7. Nationalismus und Minderheiten.....	14
8. Türkei – EU in schwierigen Fahrwassern.....	17

Zusammenfassung

In den vergangenen Jahresberichten wurde bereits auf die Zuspitzung der innenpolitischen Konflikte in der Türkei hingewiesen. In den ersten Monaten dieses Jahres erreichte diese Entwicklung ihren vorläufigen Höhepunkt: Am 19. Januar 2007 wurde der türkisch-armenische Intellektuelle und langjährige Partner der Heinrich-Böll-Stiftung Hrant Dink ermordet; in der Nacht vom 27. April schreckte das Militär die Gesellschaft mit einem elektronischen Dekret aus dem Schlaf. Beide Ereignisse lösten ein Erdbeben in der türkischen Gesellschaft aus und sind Ausdruck ein- und derselben Krise.

Seit dem Militärdekret befindet sich die Türkei in einem Zustand der politischen Ausweglosigkeit und ist de facto regierungsunfähig. Ein Ende dieser Krise ist derzeit nicht absehbar. Manche werten sie als notwendigen Reinigungsprozess, aus dem das Land von dem jahrzehntelang dominanten rigiden Kemalismus befreit hervorgehen werde; einem Kemalismusverständnis, das eine starke Stellung des Militärs in der Politik zur Aufrechterhaltung des zentralistischen Staates, des rigiden Laizismus sowie rassistisch geprägten Nationalismus legitimiert. Auch wenn es gewichtige Argumente hierfür geben mag, so scheinen die politischen Kräfte, welche ein demokratisch-pluralistisches und säkulares Gesellschaftsmodell favorisieren, nicht ausreichend auf dieses Kräftemessen vorbereitet. Die Krise kommt sozusagen „zu früh“. Es spricht daher vieles dafür, dass die Türkei erneut vor einer Phase der politischen Restauration steht. Denn gegenwärtig konkurriert die überwiegende Mehrheit der politischen Akteure darum, der „beste Nationalist“, der „beste Kemalist“ und „beste Laizist“ zu sein. Unterschiedliche Interpretationen dieser fundamentalen Prinzipien der türkischen Republik finden kaum Gehör, Demokratiedefizite und Menschenrechte spielen bei diesem Wettlauf um Vaterlandstreue keine Rolle; noch weniger die Minderheitenrechte.

Die innenpolitische Krise wird auch nicht ohne Folgen für die Außenpolitik bleiben: Selbst wenn die kemalistisch-nationalistischen Kräfte sich nicht vollends von der EU-Perspektive abwenden, so ist der EU-Beitrittsprozess insbesondere im Bereich der politischen Reformen vorübergehend gefährdet. Dass die politische Elite gegenwärtig auf die Haltung von TÜSIAD, dem türkischen BDI, blickt, ist hierfür durchaus bemerkenswert. Fast hat es den Anschein, als drifte das Land von sich aus in eine „privilegierte Partnerschaft mit der EU“, d.h. einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen ohne politische Reformen und Beitrittsbegehren. Dies wirft auch ein Licht auf die Rolle der internationalen Staatengemeinschaft für die Zukunft dieses Landes: Ausschlaggebend für die Bereitschaft der internationalen Staatengemeinschaft, Druck auf eine Fortsetzung des Reformkurses auszuüben, dürfte das strategische Kalkül sein, mit wie viel Autoritarismus die strategischen Interessen noch zu verwirklichen sind. Wird die Europäische Union die gesonderte Partnerschaft mit der Türkei als Alternative zum Beitritt favorisieren und damit den Einfluss auf die politische Entwicklung in der Türkei aus den Händen geben? Werden die USA zugunsten einer Kooperation in den Ländern Irak, Iran und Syrien auf politischen Druck verzichten?

Inwieweit diese Krisenphänomene die Gesellschaft erfasst haben wird derzeit intensiv debattiert. Die Entwicklungen nach dem Mord an Hrant Dink erwecken den Eindruck, dass die Gesellschaft entlang ethnischer und religiöser Linien tief gespalten ist. Die Teilnahme von mehreren Millionen Menschen an den sog. „Republikstreifen“ aus Protest gegen eine „islamische Türkei“ anlässlich der Kandidatur eines AKP-Politikers für das Amt des Staatspräsidenten scheint Ausdruck einer Spaltung der Gesellschaft in „Islamisten“ versus „Kemalisten“ zu sein. Zudem ist zu fragen, welche Spuren die seit Monaten betriebene Propagandaschlacht und der Wettlauf um den „besseren Nationalismus“ bzw. „Laizismus“ hinterlassen. Zweifelsfrei werden hierbei „Identitäten“ kreiert und bestehende Risse in der Gesellschaft vertieft. Die Vorstellung der europakritischen Partei CHP, man könne nach der Parlamentswahl zur Tagesordnung übergehen und so tun, als war dies alles eigentlich gar nicht so gemeint, scheint naiv¹. Die Entwicklungen in der Zivilgesellschaft sind ein Indikator für die konfliktive Identitätsfindung, die die Gesellschaft derzeit durchläuft. Umwelt- und frauenpolitische Gruppen scheinen besonders anfällig für eine Vertiefung der Kluft entlang der oben genannten Linien.

Deutlich wird der Mangel an parteipolitischen Alternativen, die glaubwürdige Konzepte für die soziale, wirtschaftliche und demokratische Entwicklung dieses Landes formulieren könnten. Ob durch den Schock über die tiefe politische Krise ein Umdenkprozess eingeleitet wird, der mittelfristig zur Herausbildung einer glaubwürdigen politischen Alternative führen könnte, ist derzeit noch nicht absehbar. Die gegenwärtigen Anzeichen lassen derartige Perspektiven (noch) als Wunschenken erscheinen.

1. Einleitung

Dieser Bericht befasst sich hauptsächlich mit den Hintergründen und strukturellen Faktoren, welche die politische Krise in der Türkei im Frühjahr 2007 eskalieren liessen. Der Bericht deckt daher nicht alle Arbeitsbereiche der Heinrich-Böll-Stiftung in der Türkei ab. So findet die Umwelt- und Energiepolitik keinen Raum, obwohl auf internationaler und nationaler Ebene mit dem Klimabericht und z.B. dem im April 2007 verabschiedeten Gesetz zur Förderung der Kernenergie bedeutende Entwicklungen zu verzeichnen sind.

Alle politischen Beobachter in der Türkei sind sich einig darin, dass das Land vor schwierigen politischen Zeiten steht. Daran wird auch die Parlamentswahl in der Türkei wenig ändern - dem Land droht eine „bleierne Zeit“, in der die Chancen auf weitere Demokratisierung und politische Reformen, auf eine politische Öffnung hin zu Europa eher sinken.

2. Schwächen des politischen Systems

In der wissenschaftlichen Literatur besteht Einigkeit darüber, dass die 1982 von den türkischen Militärs ausgearbeitete Verfassung einer grundlegenden Überarbeitung bedarf. Zahlreiche Wissenschaftler und Intellektuelle in der Türkei fordern sogar eine vollkommen neue Verfassung, da mit einer Reform des bestehenden Vertragswerkes der autoritäre Geist der Militärjunta, der sich in dieser Verfassung an zahlreichen Stellen findet, nicht zu überwinden sei. Kritisiert wird vor allem die herausragende Stellung des Staatspräsidenten im politischen System und die mangelnde Repräsentativität des türkischen Parlamentes. Weitere Kritikpunkte beziehen sich insbesondere auf den nationalistischen Charakter und die spezifische Ausprägung des Laizismus, der keine Trennung von Religion und Staat sondern eine Kontrolle des Staates über die Religion zur Folge hat.

An dieser Stelle sollen ausschließlich die Stellung des Staatspräsidenten und die mangelnde Repräsentativität des politischen Systems dargelegt werden.

Die Stellung des Staatspräsidenten

Internationale Beobachter mag es erstaunen, dass die Kandidatur des als moderat und offen geltenden Außenminister Gül ein politisches Erdbeben in der Türkei auslösen konnte und immerhin zu einem Urteil des Verfassungsgerichts führte, das nach Ansicht von zahlreichen Verfassungsrechtlern nicht verfassungskonform ist und lediglich auf Druck der Militärs zustande kam.

Neben dem Ministerpräsidenten weist das politische System in der Türkei eine ausgeprägt starke Stellung des Staatspräsidenten auf. Der Staatspräsident, vom türkischen Parlament für eine 7-jährige Amtszeit gewählt, steht nicht nur den türkischen Streitkräften vor - er ist zudem mit weit reichenden Veto-Rechten ausgestattet. So kann er nach Art. 104 der türkischen Verfassung Gesetze an das Parlament zurück verweisen. Er kann Diplomaten, den Generalstabschef, die Mitglieder des Hochschulrates, die Hochschuldirektoren, die Mitglieder des Verfassungsgerichtes und

der hohen Gerichte, den Generalstaatsanwalt etc. ernennen - er hat also bei der Besetzung von zentralen staatlichen Institutionen die Entscheidungsbefugnisⁱ.

Staatspräsident Necdet Sezer gilt aufgrund der hohen Anzahl an eingelegten Vetos als rekordverdächtig in der türkischen Geschichte. So hat er gegen 67 Gesetze Einspruch erhoben (59 davon während der AKP-Regierung), er hat gegen 16 Gesetze das Verfassungsgericht angerufen; von 32 Entscheidungen mit Gesetzeskraft hat er 7 abgelehnt; von 195 Ernennungen im Ministerrat hat er 22 zurückgewiesen, 729 Ernennungen hat er abgelehntⁱⁱⁱ.

Dieses Vorgehen des Staatspräsidenten ist Ausdruck des tief sitzenden Misstrauens zwischen der AKP-Regierung und dem Staatspräsidenten. Auffällig ist, dass der Staatspräsident sich hinsichtlich der Einschätzung, dass die Republik vor großen Gefahren stehe (gemeint ist die Bedrohung des Laizismus), immer wieder im Einklang mit den Militärs befand und unmittelbar vor oder nach einer derartigen Stellungnahme der Militärs gleichlautende Erklärungen veröffentlichte.

Die weit reichende Inanspruchnahme seines Vetorechts hat nicht zuletzt immer wieder zur Blockade von politischen Entscheidungen geführt und insbesondere im Hochschulbereich die Besetzung von Posten verzögert. Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Verhältnis zwischen dem gegenwärtigen Staatspräsidenten und der AKP-Regierung eher als tief unterkühlt zu bezeichnen ist. Sezer hat, so die Auffassung zahlreicher Kommentatoren, letztlich seine von der Verfassung vorgesehene Neutralität aufgegeben und sich eindeutig auf die Seite der politischen Opposition und des Militärs gestellt.

Die AKP-Regierung strebte nach der gescheiterten Wahl von Abdullah Gül zum Staatspräsidenten eine weit reichende Verfassungsreform an, die insbesondere auch das Amt des Staatspräsidenten anbelangt. Das Reformpaket sollte

- die Legislaturperiode des Staatspräsidenten auf fünf Jahre herabsetzen und
- eine Begrenzung auf zwei Amtszeiten
- sowie eine Direktwahl des Staatspräsidenten durch die Bevölkerung in zwei Wahlgängen einführen

Unterstützung für diese Vorschläge fand die AKP von der ANAP und der nicht im Parlament vertretenen DYP sowie MHP. Nach Ausschöpfen der 15-Tagefrist lehnte Sezer die Verfassungsänderungen mit der Begründung ab, eine Reform ohne Änderung des in der Verfassung vorgesehenen parlamentarischen Systems liefe auf einen Systemwechsel hinaus. Ein vom Volk gewählter, mit den bestehenden weit reichenden Befugnissen ausgestatteter Staatspräsident könne zu einer Konkurrenz der politischen Führungsspitzen führen. Die in der türkischen Verfassung vorgesehene „Neutralität“ des Staatspräsidenten würde empfindlich geschwächt. Ebenso lehnte der Staatspräsident die

Möglichkeit einer Wiederwahl ab, da hiermit die Unabhängigkeit des Präsidenten geschwächt werde^v.

Formal besteht zwar mittlerweile die Möglichkeit eines Referendums; die Aussicht, dass der Staatspräsident einem Volksentscheid zustimmt, ist jedoch unrealistisch. Die CHP, die sich der Kritik des Staatspräsidenten anschließt, will ein Referendum sowie eine Verfassungsänderung grundsätzlich verhindern. Sie hat angekündigt, erneut vor das Verfassungsgericht zu ziehen. Alle Beobachter sind sich einig, dass der Ausgang dieses Urteil vorhersehbar ist: ein Referendum am 22.7.2007 dürfte als ausgeschlossen gelten.

Das konservative Lager in der Türkei strebt seit geraumer Zeit eine Reform des politischen Systems hin zu einem Präsidialsystem mit starker Stellung des Staatspräsidenten an. Zahlreiche Verfassungsrechtler befürchten mit einer solchen Reform einen weiteren Abbau der parlamentarischen Demokratie: Würde der Staatspräsident vom Volk gewählt, könnte es zu Konflikten mit dem gewählten Parlament kommen. Insgesamt würde eine derartige Reform die zentralistische Struktur des Landes stärken, also das Gegenteil dessen zeitigen, was für die Demokratisierung des Landes als erforderlich angesehen wird^v.

Die AKP und Erdogan hingegen instrumentalisieren ihren Vorschlag als die eigentlich „demokratische“ Lösung. Sie werfen der Opposition Angst vor dem Volk vor und dürften damit sicherlich in weiten Kreisen der Gesellschaft auf Zuspruch stoßen. Dahinter verbirgt sich jedoch eine gehörige Portion Populismus.

Mangelnde Repräsentativität von Parlament und Regierung

Die mangelnde Repräsentativität des türkischen Parlamentes ist mit drei Charakteristika zu umschreiben: Zum Einen stieg der Anteil der nicht im Parlament vertretenen Stimmen seit Einführung der 10%-Hürde im Jahr 1983 kontinuierlich an und erreichte bei den Parlamentswahlen 2002 einen Rekord von 45,3% (dies entspricht ca. 14,5 Millionen WählerInnen)^{vi}. Damit ist zudem ein großer Teil der kurdischen Bevölkerung nicht im Parlament vertreten: als Beispiel sei die Klage von Yumak und Sadak vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof aufgeführt. Die DEHAP ^{vii} erhielt bei den Parlamentswahlen im Jahr 2002 in der Provinz Sirmak zwar 45,9% der Stimmen, konnte aber aufgrund der 10%-Hürde keinen Abgeordneten ins Parlament schicken. Im Gegenzug schafften der Kandidat der AKP mit lediglich 14,05% und ein unabhängiger Kandidat mit 9,914% den Einzug ins Parlament.

Schließlich sind im türkischen Parlament gerade einmal 4,36% der Abgeordneten Frauen, obwohl der Anteil der weiblichen Bevölkerung in der Türkei bereits im Jahr 2005 über 50% lag ^{viii}.

In der Türkei ist es politischen Parteien gemäß dem Parteiengesetz untersagt, eine Quotenregelung einzuführen. Bisher ist es daher den Parteien überlassen, eine interne Absprache über den Anteil an Frauen auf vorderen Listenplätzen zu treffen. Das Ergebnis fällt insgesamt für die Parlamentswahl 2002 ernüchternd aus: die MHP platziert lediglich 1% Frauen auf vorderen Listenplätzen, gefolgt von der AKP mit 2% und der CHP mit 3%. Deutlich besser schneidet die ÖDP mit 26% und die DEHAP mit 18% ab, gefolgt immerhin von

der konservativen DYP 11% ^{ix}. Die im Jahr 1997 gegründete Frauenrechtsorganisation KA-DER hat im März 2007 eine Kampagne gestartet, in der sie die Parteien dazu auffordert, den Kandidatinnen vordere Listenplätze einzuräumen und jeden dritten Listenplatz an eine Frau zu vergeben. Die Organisation fordert daher eine Quote in den Parteien. Ebenso werden die Parteien aufgefordert, den Frauen die Kandidatur dahingehend zu erleichtern, dass diese von den Gebühren für die Kandidatur befreit werden. KA-DER fordert, dass im Parteiengesetz mindestens eine Repräsentanzquote von 50% festgelegt werden soll.



Plakat der Kampagne für weibliche Abgeordnete

Die Kampagne wird von breiten Kreisen der türkischen Elite unterstützt. Insgesamt scheint die politische Konjunktur für einen höheren Anteil an Kandidatinnen bei dieser Wahl außerordentlich günstig. Denn im Zentrum der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung steht gegenwärtig das weibliche Rollenverständnis der jeweiligen politischen Strömungen: die kemalistische Strömung wirft der AKP ein rückwärtsgewandtes, durch das Kopftuch symbolisiertes Frauenbild vor. Umgekehrt bemüht sich die AKP genau dieses zu entkräften und sich als die auch in Frauenfragen „modernste“ Partei zu profilieren. Allerdings hat keine der im Parlament vertretenen Parteien in den vergangenen Wochen und Monaten Anstrengungen unternommen, die entsprechenden Gesetze zu verändern. Die Veröffentlichung der KandidInnenlisten am 4. Juni 2007 war für die Frauenrechtsorganisation ein herber Schlag. Zwar kann bei den Parlamentswahlen mit einem leichten Anstieg des Anteils an weiblichen Abgeordneten im Parlament gerechnet werden (geschätzt werden rund 6,4%). Aber von den bekannten Feministinnen der Kampagne, die sich bei den unterschiedlichen Parteien für eine Kandidatur beworben hatten, hat keine einen Listenplatz erhalten ^x.

Als weiterer wichtiger Schritt zur Erhöhung der Repräsentativität gilt die Herabsetzung der 10%-Hürde, die 1983 in Artikel 67 der türkischen Verfassung zur Gewährleistung politischer Stabilität eingeführt wurde. Die 10% Hürde stellt zudem aus demographischen Gesichtspunkten ein enormes Problem dar: Sie verhindert einen Einzug der regional verbreiteten pro-kurdischen Partei ins Parlament, wenn diese sich nicht – wie für die Parlamentswahl 2007 – zur Aufstellung von Direktkandidaten entschließt ^{xi}. Zwar hatte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bezüglich der

10%-Klausel am 30. Januar 2007 keinen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention festgestellt. Das Gericht kommt aber zu dem Ergebnis, dass das 2002 gewählte Parlament die geringste Repräsentativität in der Türkei seit Einführung des Mehrparteienwahlsystems im Jahr 1946 aufweist. Das Gericht hebt hervor, dass es ein Herabsenken der Hürde für wünschenswert hält, dies aber im Ermessen der politischen Kräfte des Landes liegt xii. Bisher können allenfalls unabhängige Kandidaten an der 10%-Hürde vorbei ins Parlament einziehen.

Zur Sicherung der Repräsentativität für Frauen müsste laut Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission das türkische Parteiengesetz reformiert werden. Das Parteiengesetz entspreche auch in weiteren Punkten nicht den europäischen Standards: „Parteien dürfen keine andere Sprache als Türkisch verwenden. Das Parteiengesetz muss dahingehend geändert werden, dass sich politische Parteien entsprechend den Normen der EMRK und der Rechtsprechung des EGMR betätigen können“ xiii.

Noch immer sind Verbotsverfahren gegen die DEHAP und HAKPAR anhängig. Gegenwärtig wird in den türkischen Medien sogar das Gerücht gestreut, dass gegen die AKP ein Verbotsverfahren eingeleitet werden soll.

Was auch immer an diesem Gerücht dran sein mag, Haluk Sahin bringt es in seinem Artikel in der Tageszeitung Radikal auf den Punkt. In der Türkei gibt es zwei parteipolitische Strömungen, die ein Abonnement auf Parteischließungen zu haben scheinen: die pro-kurdische Strömung und die islamischen Parteien. Dennoch wurden diese immer wieder mit neuem Namen gegründet, da sie eine gesellschaftliche Realität zum Ausdruck bringen. Nach Artikel 69 der Türkischen Verfassung haben politische Parteien in ihren partei-internen Angelegenheiten demokratische Prinzipien anzuwenden. Haluk Sahin stellt hierzu die rhetorische Frage: „Wenn der Artikel der Verfassung angewendet werden würde, gäbe es in der Türkei dann überhaupt noch eine Partei?“xiv

Obwohl die AKP in den Wochen unmittelbar vor den Wahlen zahlreiche Verfassungsänderungen ausgearbeitet hat, waren die oben genannten Forderungen zur Erhöhung der Repräsentanz nicht Teil dieser Initiativen. Ebenso hat keine der im Parlament vertretenen politischen Parteien Anstrengungen unternommen, um diese eklatanten strukturellen Defizite zu beheben.

Im Unterschied dazu erhielt die von der AKP angeregte Reform, wonach unabhängige Kandidaten für die Parlamentswahl auf einem einzigen Stimmzettel mit den Listen der Parteien aufgeführt werden, am 18. Mai 2007 die Unterstützung von Staatspräsident Sezer und wurde damit rechtskräftig. Diese Reform gilt als ein Schritt, den kleinen Parteien den Einzug ins Parlament zu erschweren. So hatte sich u.a. die pro-kurdische DTP dazu entschieden, diesen Weg zu wählen und der 10%-Hürde zu entgehen. Bei diesen Parlamentswahlen ist insgesamt mit einem enormen Anstieg an unabhängigen Kandidaten zu rechnen. Deswegen wird mit extrem unübersichtlichen Stimmzetteln gerechnet, was sich insbesondere in den Gegenden ungünstig auswirken wird, in denen die Wahlbevölkerung des Lesens und Schreibens oder des Türkischen nicht ausreichend mächtig ist. Dies betrifft insbesondere die kurdischen Gebiete. Daher wird diese Reform allgemein als ein Schritt gewertet, der DTP den Einzug ins Parlament auch auf diesem Wege zu erschweren xv.

Die mangelnde Repräsentativität des türkischen Parlaments und fehlende politische Alternativen führen insgesamt zu einem zurückgehenden Interesse und Vertrauen in die Politik des Landes.. Die Politik hat in der Türkei an Glaubwürdigkeit verloren. Dies stärkt daher auch die Akzeptanz des als „Wächter“ der Republik verstandenen Militärs in der Gesellschaft xvi.

Aktivitäten der Heinrich Böll Stiftung

Angesichts der strukturellen Defizite des politischen Systems, die als ein Hindernis auf dem Weg zur Demokratisierung gewertet werden müssen, hat die Vertretung der Heinrich-Böll-Stiftung in der Türkei in ihrem neuen Drei-Jahres-Programm diesen Fragen einen herausragenden Stellenwert eingeräumt. Die Reformbemühungen der AKP-Regierung der Jahre 2002-2004 drohen insbesondere an diesen grundlegenden strukturellen Defiziten des Systems – etwa der Verfassung dieses Landes – zu scheitern.

Die Stiftung hat daher in 2007 eine Veranstaltungsreihe begonnen, die sich mit den strukturellen Defiziten der türkischen Verfassung befasst und Vorschläge für eine demokratischere Verfassung bzw. Verfassungsreform ausarbeitet. Zum 25. Jahrestag der von den Militärs erlassenen Verfassung im November diesen Jahres sollen diese Vorschläge der Öffentlichkeit vorgestellt und publiziert werden.

Darüber hinaus unterstützte die Stiftung Aktivitäten, die zur Stärkung der Partizipation von Frauen im politischen Prozess beitragen sollen. In Workshops und einer Konferenz im Herbst 2006 wurde mit Frauen aus den unterschiedlichsten Strömungen über das Konzept von gender democracy diskutiert. Ende April 2007 fand eine Tagung mit Frauenrechtsorganisationen aus dem Ägäisraum statt. Auf dieser Konferenz wurden Möglichkeiten zur Unterstützung der Kampagne von KA-DER erörtert. In einer Publikation, die noch vor den Wahlen am 22.7.2007 herausgegeben wird, wird über internationale Erfahrungen im Bereich gender democracy, die inner-türkische Debatte und notwendige Reformen berichtet.

3. Politische Parteien – ein Trauerspiel

Politische Konzepte lassen sich im parteipolitischen Spektrum der Türkei kaum noch identifizieren. Die einzig erkennbare Trennlinie verläuft gegenwärtig zwischen nationalistischen Strömungen, die eine Nähe zum religiösen Spektrum haben – die MHP, DYP, ANAP und AKP und nationalistischen Strömungen wie der CHP und DSP, deren einigendes Band der Laizismus ist. Ferner gibt es im religiösen Lager die „Glückseligkeitspartei“ von Necmettin Erbakan und die BBP, die extrem nationalistisch-religiöse Grundzüge aufweist. Neben diesen konservativen Parteien ist als relevanter Akteur allenfalls die pro-kurdische DTP aufzuführen. Deren Bedeutung ergibt sich allerdings weniger aus dem landesweiten Stimmenanteil als daraus, dass sie in den kurdischen Gebieten des Südostens in einigen Bezirken de facto die absolute Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. Daneben gibt es einige kleine politische Parteien wie die ÖDP, die das kleine intellektuelle Spektrum an

links-demokratischen Strömungen vertritt, landesweit aber bedeutungslos ist.

Nach dem Dekret des Militärs Ende April 2007 kam es zu hektischer Betriebsamkeit in der politischen Parteienlandschaft. Das Signal des Militärs war deutlich genug und forderte in gewisser Weise die Parteien jenseits der AKP dazu auf, eine starke Kraft gegenüber der AKP zu bilden. Es war klar, dass außer der CHP kaum eine politische Partei überhaupt Chancen auf einen Einzug ins Parlament erhalten würde, wenn sie sich nicht zusammenschlossen.

DYP und ANAP vereinigten sich am 7. Mai zur Demokratischen Partei unter dem Parteivorsitz des DYP-Vorsitzenden und ehemaligen Innenministers Mehmet Agar. Allerdings zerbrach das Bündnis noch vor Abgabe der Kandidatenlisten am 4. Juni 2007. Die Demokratische Partei schaffte es in etlichen Wahlbezirken daher nicht mehr fristgerecht, eine Kandidatenliste zu erstellen. Zahlreiche Analysten gehen deswegen davon aus, dass damit das Schicksal dieser beiden Parteien endgültig besiegelt ist: mit einem Einzug ins Parlament und dem Überspringen der 10%-Hürde rechnet niemand mehr.

Damit rückt die ultra-nationalistische MHP wieder ins Rampenlicht. Noch Anfang des Jahres galt der Einzug der MHP ins Parlament angesichts der nationalistischen Stimmung in der Gesellschaft als gesichert. Man rechnete mit deutlich mehr als 10% der Stimmen und sah in der MHP einen nötigenfalls potentiellen Koalitionspartner für die AKP. Zwischenzeitlich waren die vermuteten Chancen unter 10% gerutscht, nach dem gescheiterten Zusammenschluss zwischen DYP und ANAP jedoch könnte die MHP für nationalistisch-konservative WählerInnen durchaus wieder interessant werden.

Auf der nationalistisch-kemalistischen Seite schlossen sich die CHP und DSP unter dem Dach der CHP von Deniz Baykal nach zähen Verhandlungen zusammen. Das in Izmir am 13.5.2007 veranstaltete „Republikstreffen“ war unter dem Gesichtspunkt der „Vereinigung in der Linken“, wie es in den türkischen Medien diskutiert wird, aber eine herbe Enttäuschung für die DSP- und CHP-AnhängerInnenenschaft. Denn anders als erwartet wurde dort keine Vereinigung verkündet. Im Gegenteil, die beiden Parteivorsitzenden blieben auch räumlich auf Distanz. Auch wenn es den beiden Parteien quasi in letzter Minute gelang, sich zusammenzurufen, dürfte dies in der Öffentlichkeit nach diesem Gerangel nicht überzeugen. Die Basis der DSP unter Zeki Sezer bleibt bis zuletzt skeptisch und befürchtet, mittelfristig ihre politische Identität und Eigenständigkeit zu verlieren. Ihr Wunsch, mindestens 20 Kandidaten auf erfolgreiche Listenplätze zu platzieren, ist mit der Bekanntgabe der Kandidaten am 4. Juni ebenso geplatzt. Mit gerade einmal 12 Erfolg versprechenden Kandidaten hat sie damit auch die Möglichkeit verspielt, im zukünftigen Parlament nötigenfalls Fraktionsstatus zu erhalten. Denn dies setzt eine Mindestanzahl von 20 Abgeordneten voraus xvii.

Die DTP hatte sich bereits frühzeitig entschlossen, unabhängige Kandidaten ins Rennen zu schicken und damit die 10%-Hürde zu umgehen. Sie hat hierzu mit einigen unabhängigen Kandidaten der links-demokratischen Strömungen eine Vereinbarung erzielt, so dass in einigen Städten unabhängige Kandidaten von anderen Parteien oder parteilose Kandidaten kandidieren. In Istanbul gab es Unstimmigkeiten zwischen der DTP und dem Bündnis für unabhängige Kandidaten. Letzteres hatte sich nach Rücksprache mit

der DTP für den bekannten Verfassungsrechtler, Prof. Dr. Baskin Oran, entschieden. In letzter Minute jedoch stellte die DTP einen weiteren eigenen Kandidaten auf und brach damit ihre Zusage. Auch in Diyarbakir sind neue Entwicklungen zu erkennen. So haben sich einige Kandidaten, die sich für einen Platz auf der „DTP-Liste“ beworben hatten, nach Erhalt einer Absage entschieden, dennoch als Unabhängige zu kandidieren. Hierzu gehört auch Sezgin Tanrikullu, der Vorsitzende der Rechtsanwaltskammer in Diyarbakir. Dies deutet auf ein gestärktes Selbstbewusstsein unter der kurdischen Bevölkerung und Zivilgesellschaft hin, sich auch durchaus dem Votum der pro-kurdischen Partei entgegenzustellen. Insgesamt wird der Schritt der DTP, unabhängige KandidatInnen aufzustellen, positiv bewertet, wenn auch von den eher unabhängigen zivilgesellschaftlichen Kreisen in der Region nicht uneingeschränkt: Enttäuschend für die Feministinnen ist, dass auch auf der „DTP-Liste“ insgesamt nur 11 Frauen vertreten sind, und dies, obwohl die DTP eigentlich eine Frauenquote führt xviii. Insgesamt treten landesweit 65 unabhängige Kandidaten für dieses Bündnis an.

Die Erstellung der Kandidatenlisten sagt viel über den Zustand der partei-internen Demokratie in der Türkei aus. Die Listen wurden von den Parteivorsitzenden und ihren Vertrauten im Alleingang aufgestellt. Dass ein solches Vorgehen die Macht der Parteivorsitzenden stärkt, nicht jedoch die Unabhängigkeit der VolksvertreterInnen, versteht sich von selbst.

Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass das Dekret der Streitkräfte -wie zu erwarten- keine grundlegende Änderung im Parteienspektrum nach sich zog. Weiterhin ist das Land mit einem zersplitterten Parteienspektrum konfrontiert, das sich weniger nach den politischen Inhalten und Programmen als vielmehr durch die Führungspersönlichkeiten unterscheiden lässt. Einzige Neuerung dürfte die hohe Anzahl an unabhängigen Kandidaten und Kandidatinnen für ein Abgeordnetenmandat sein. Insgesamt wird aufgrund der quasi gescheiterten Parteizusammenschlüsse mit einer kaum veränderten Zusammensetzung des zukünftigen Parlamentes gerechnet. Für Aussagen darüber, welche der Parteien den Einzug ins Parlament schaffen wird, ist es gegenwärtig noch zu früh. Weiterhin sehr wahrscheinlich erscheint, dass die AKP als stärkste Fraktion im Parlament vertreten und die Opposition zu einer Koalitionsregierung nicht in der Lage sein wird. Unklar ist, wie sich die politische Elite dann die Zukunft des Landes vorstellt - für die Demokratie dieses Landes sind die Aussichten eher schlecht.

4. Religion – Demokratie – Politik

Internationale Dimension

Seit dem 11. September spielt Religion im internationalen und innergesellschaftlichen politischen Diskurs der Türkei eine zunehmend wichtige Rolle und gewinnt auch an Bedeutung in der Identitätsbildung (die „muslimische“ Türkei – das „christliche Europa“/der „muslimische Orient“ – der „christliche Okzident“). Religion wird dabei eher zur Abgrenzung von „den/m Anderen“

herangezogen. Der Türkei wurde von einigen europäischen Befürwortern eines EU-Beitritts des Landes in gewisser Weise eine Rolle als „Brücke“ zwischen Orient und Okzident übertragen: Sie wird als „muslimisches Land“ mit laizistischer Tradition gesehen, was bei nicht Wenigen in der Türkei aus zweierlei Gründen Unbehagen hervorruft. Ein Teil der Intellektuellen lehnt die Zuschreibung „muslimisch“ aufgrund der laizistischen Struktur rundweg ab, ein anderer zunehmend großer Teil steht dem spezifisch türkischen Weg des Laizismus zunehmend kritisch gegenüber und möchte diesen nicht als Exportschlager verstanden wissen. Dieser Weg des Laizismus habe gerade nicht zu einer Trennung von Staat und Religion geführt, sondern zu einer Kontrolle des Staates über die Religion.

Die AKP-Regierung unter Erdogan steht diesem Brückenmodell partiell durchaus positiv gegenüber, da sie hierin auch die Chance auf eine größere strategische Bedeutung und auf einen Hebel sieht, den EU-Mitgliedsstaaten einen EU-Beitritt der Türkei schmackhaft zu machen. Die AKP-Regierung versuchte daher in der Vergangenheit, dieser Rolle gerecht zu werden und hat z.B. in dem Karikaturenstreit Anfang 2006 zu vermitteln versucht xix. Dass diese Rolle nicht immer leicht zu spielen ist und in der Türkei gegenüber der eigenen Klientel manches Mal schwer vermittelbar ist, zeigt die Reaktion der AKP-Regierung auf die Rede von Papst Benedikt XVI im September 2006. Diese Rede rief im internationalen Ausland wie in der Türkei heftige Proteste hervor. Auch Ministerpräsident Erdogan und Außenminister Gül schoben daher zunächst andere terminliche Verpflichtungen vor, um einer Begegnung mit dem Papst auf seiner für Ende November 2006 vorgesehenen Türkeireise zu entkommen. Anders als befürchtet, gelang es schließlich, den Papstbesuch in eine Friedensbotschaft zwischen Muslimen und Christentum zu wenden. Ausschlaggebend hierfür war u.a. sein Besuch in der Blauen Moschee und das gemeinsame, nach Mekka gerichtete Gebet mit dem Großmufti Mustafa Cagrici. Diese Geste habe den durch die Regensburger Rede verursachten Schaden wieder gutgemacht, so die begeisterten Töne in den türkischen Medien. Die Beteiligung an den Protesten gegen den Papstbesuch fiel deutlich geringer aus als von den Erbakan-Getreuen erhofft. Anstelle der erwarteten Million Menschen versammelten sich gerade einmal 20.-30.000 Personen auf der Demonstration am 26.11.2006 in Istanbul, von der sich Ministerpräsident Erdogan deutlich distanziert hatte.

Grundsätzlich ist Skepsis gegenüber einem internationalen Diskurs anzumelden, der verstärkt Religion als identitätsbestimmendes Phänomen ins Zentrum rückt. Denn ein derart strukturierter Diskurs zieht Grenzen entlang von Religion anstatt sie zu überwinden. Dies gilt auch für Konzepte wie den „Dialog mit dem Islam“. Erneut wird hier die Religionszugehörigkeit zum Identität stiftenden Merkmal eines Individuums bzw. einer Gesellschaft.

Die Auswirkungen eines derartigen Verständnisses zeigten sich während des Karikaturenstreits. Auch wenn der Protest gegen die islamkritischen Karikaturen in der Türkei vergleichsweise moderat ausfiel, überraschte doch, dass selbst nicht-gläubige Personen sich von diesen Karikaturen angesprochen fühlten und sich mit der „muslimischen“ Welt solidarisierten. Dies zeigt umso mehr, dass der auf der Bühne der internationalen Politik zu beobachtende Bedeutungszuwachs von Religion als Kategorie längst neue Dimensionen erhalten hat. Religion wird selbst für diejenigen zum

identitätsstiftenden Merkmal, die keiner Glaubensrichtung angehören.

Innenpolitische Dimension

Von diesem internationalen Kontext ist auch die innenpolitische Debatte und Entwicklung geprägt. Darüber hinaus spielen jedoch zahlreiche innergesellschaftliche Faktoren eine ebenso bedeutende Rolle für die Entwicklungen in dieser Frage. Insgesamt ist in der Türkei in den letzten Jahren ein Anstieg an Religiosität zu verzeichnen. So bezeichnen sich heute 13% (6% im Jahr 1999) in der Türkei als „sehr religiös“ und 46% (36% im Jahr 1999) nennen ihre Zugehörigkeit zum islamischen Glauben (Muslim-Sein) als primäres Identitätsmerkmal xx.

Diese Zunahme an Religiosität korrespondiert jedoch nicht mit einer zunehmenden Infragestellung des Laizismus oder gar mit dem Streben nach einem „Shari’a-System“. Denn die Fakten zeigen, dass der Anteil derjenigen, die sich für ein Shari’a-System einsetzen, deutlich rückläufig ist (von 21% im Jahr 1999 auf 9% im Jahr 2006). Entgegen der nationalen wie internationalen öffentlichen Wahrnehmung ist auch das Tragen des Kopftuches in der Türkei in den Städten rückläufig, auf dem Land hingegen angestiegen; die vollständige Bedeckung mit einem schwarzen Mantel (kara carsaf) ist auf dem Land und in der Stadt rückläufig. Insbesondere bei jungen Frauen im Alter von 25-39 Jahren ist der Anteil derjenigen, die kein Kopftuch tragen zwischen 1999 und 2006 um 13,5% angestiegen, bei den 18-24-jährigen um 10,3%. xxi

Ebenso favorisieren entgegen der internationalen wie nationalen Wahrnehmung zwei Drittel der Bevölkerung die Aufhebung des Kopftuchverbotes an Universitäten und öffentlichen Einrichtungen. Das Kopftuch wird daher offensichtlich immer weniger als politisches Symbol und immer mehr als ein Grundrecht verstanden. Die Kopftuchfrage wird zudem von dem religiösen wie dem nicht-religiösen Spektrum in der Türkei insgesamt nicht als zentrales gesellschaftliches Problem angesehen. Nur 3,7% messen dieser eine zentrale Bedeutung bei. xxii

Dies muss allerdings nicht mit der Wahrnehmung der kleinen Schicht an Intellektuellen in der Türkei korrespondieren, die diese Frage sicher als bedeutender einstufen würden. xxiii

Die steigende Religiosität in der Gesellschaft korrespondiert folglich nicht mit einer Zunahme von religiösen Symbolen wie dem Kopftuch in der Öffentlichkeit oder gar der Infragestellung der laizistischen Grundordnung.

Andererseits gibt es durchaus Beispiele, die als Hinweis für eine politisch betriebene Ausbreitung religiöser Symbolik, Kleidungs- und Moral-„Vorschriften“ gewertet werden können, z.B. das Verbreiten von religiösen Schriften durch AKP-geführte Kommunen, die das Kopftuchtragen als religiöse Pflicht definieren. Interessant ist, wie die AKP in diesen Fällen reagiert. Die AKP hat nach Bekannt werden und Protesten gegenüber diesen Vorfällen partei-intern ihre kommunalen Vertreter vor einem derartigen Vorgehen gewarnt. Es sei nicht Angelegenheit von öffentlichen Institutionen, derartige Bücher zu publizieren xxiv. In der Auseinandersetzung mit den Militärs hat sich die AKP zunächst hinter „Unkenntnis“ versteckt und die Militärs aufgefordert,

entsprechende Fakten zu liefern. Gleichzeitig beteuerte sie, bei Vorlage von Fakten umgehend entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Bleibt jedoch Kritik aus, versucht sie durchaus, ihrer konservativ-religiösen Basis einen gewissen Spielraum zu lassen. So hatte Ministerpräsident Erdogan zunächst Verständnis für die Forderung nach einem Alkoholverbot in Kommunen gezeigt und als Teil des „Jugendschutzes“ darzustellen versucht.

Insgesamt versucht die AKP zwischen den verschiedenen Herausforderungen durch die konservativ-religiöse Basis und die Opposition zu lavieren: auf der einen Seite schwenkt sie hierbei zunehmend in den nationalistischen Mainstream ein und stellt sich als den eigentlichen Hüter des Laizismus und der kemalistischen Republik dar, auf der anderen Seite geht sie nur inkonsequent gegen konservativ-religiöse Tendenzen an der Basis vor^{XXV}. Man kann der AKP folglich keine gezielte Islamisierung von unten unterstellen. Eher duldet sie derartiges Agieren solange Kritik ausbleibt und versucht damit ihr konservativ-religiöses Spektrum ruhigzustellen, das von den bisherigen Errungenschaften der AKP auf religiös-kulturellem Gebiet eher enttäuscht sein dürfte. Insgesamt aber hat sich die AKP bisher noch nicht von dieser Klientel zu trennen vermocht.

Die Politik der AKP hat insgesamt dazu geführt, dass die Spannung zwischen Laizisten und Religiösen in der Gesellschaft insgesamt rückläufig ist. Ein Blick auf ihre Politik seit Regierungsübernahme im Jahr 2002 zeigt, dass sie den Kompromiss mit den laizistischen Kräften bei den Reformvorhaben suchte, die insbesondere im Kontext von Religion und Gesellschaft kontrovers diskutiert wurden. Zwar versuchte sie den Forderungen des konservativ-religiösen Flügels an der Basis entgegenkommen zu zeigen. Sie wich aber immer dann zurück, wenn sich die kemalistische Opposition öffentlich dagegen stellte.

Denn die AKP ist sich im Klaren darüber, dass ihre Unterstützung und Akzeptanz in der Gesellschaft, die weit über das religiöse Spektrum hinausreicht, nur dann zu halten ist, wenn sie an dem pro-europäischen Kurs festhält und den Laizismus nicht antastet. Was sie versuchte, ist, den Einfluss des laizistischen Establishments in der Türkei zu reduzieren.

Das bedeutet, in einer funktionierenden Demokratie müsste die Gesellschaft dazu in der Lage sein, diese Auseinandersetzung auf demokratischem Weg zu lösen.

Entgegen dieser wissenschaftlichen Erkenntnisse sehen das Militär und die Staatsspitze gemäß der seit Herbst 2006 wiederholten Stellungnahmen die laizistische Ordnung der Türkei in Gefahr. Diesen Eindruck vermitteln auch die Massen, die sich auf den sog. Republikstreffen Ende April/Anfang Mai 2007 in den westlichen Großstädten der Türkei gegen ein „Shari’a-System“ versammelten.

Diese Haltung lässt sich dadurch erklären, dass das türkische Entwicklungsmodell es in der Tat trotz Verstärkung und Modernisierung insgesamt nicht geschafft hat, die Spaltung der Gesellschaft in Nicht-Gläubige (besser ausgebildete, ökonomisch situierte Schicht) und Gläubige (schlechter ausgebildet und ökonomisch situiert) zu überwinden^{XXVI}. Auch wenn die Spannung gesamtgesellschaftlich abgenommen hat, trifft dies nicht notwendig auf die Auseinandersetzung zwischen den Eliten zu. Der Protest von Millionen von Menschen gegen die Gefahr eines „Shari’a-Systems“

lässt sich folglich als Solidarisierung der Basis mit ihren Eliten verstehen, die sich durchaus durch die AKP-Politik in ihrem Status bedroht fühlen^{XXVII}.

Ebenso lässt sich die Teilnahme an den Republiktreffen auch mit einer zunehmenden Skepsis an der AKP-Politik insgesamt in Verbindung bringen. Denn deutlich ist, dass die AKP ihre ursprünglichen Reformambitionen schrittweise aufgegeben hat. Beispiele hierfür sind die Kurdenfrage, die Strafrechtsreform und insbesondere Artikel 301 des Strafgesetzbuches. Je stärker der Druck von Seiten der Militärs, Opposition und Staatsspitze gegen die AKP wurde, desto mehr schwenkte sie zudem auf einen nationalistischen Kurs ein.

Diese seit Herbst 2005/Anfang 2006 betriebene Politik führte daher zu Einbußen an Unterstützung aus den Kreisen, die sie hauptsächlich aufgrund ihrer Reformpolitik der Jahre 2002-2004 unterstützten. Mit steigendem Umschwenken der AKP zu einer nationalistischen Politik wuchs in diesen Kreisen zudem das ursprüngliche Misstrauen gegenüber der Partei, möglicherweise doch eine „hidden agenda“ zu verfolgen. Die von dem Militär und Staatspräsidenten derart lancierte Gefahr für den Laizismus dürfte auch deswegen auf fruchtbaren Boden gefallen sein.

Während die Eliten sich angesichts der wiederholten Warnungen zunehmend von der AKP sich begannen bedroht zu fühlen, trifft dies weiterhin nicht für die breite Gesellschaft zu: Nach einer Umfrage vom Mai 2007 wird eine Gefährdung des Laizismus von der Mehrheit nicht gesehen. Diese Ansicht vertraten 68,4% der Befragten; 19,2% waren anderer Auffassung und 12,4% hatten keine Meinung zu dieser Frage^{XXVIII}. Von daher verwundert es nicht, dass Erdogan auf die hohe Beteiligung an diesen Treffen zunächst relativ gelassen reagierte.

Die Wirkung der Republikstreffen war insgesamt nur von kurzer Dauer. Ein potentieller Einmarsch im Nordirak und die vorgezogene Parlamentswahl beschäftigt die Öffentlichkeit deutlich stärker als die vermeintliche Islamismusgefahr es für rund einen Monat vermochte.

AKP: Mangelndes Demokratieverständnis – autoritäre Parteistruktur

Ein wichtiger Faktor für die zunehmende Skepsis gegenüber der AKP unter den Eliten dürfte auch ihr mangelndes Demokratieverständnis und die autoritäre Parteiführung selbst sein.

Deutlich wird, dass die AKP selbst in der Periode der aktiven Reformen 2002-2004 keine Fortschritte hinsichtlich der Rechte der ethnischen, muslimischen und nicht-muslimischen Minderheiten einleitete. Die eingeleiteten Demokratisierungsschritte blieben hier stecken. Hinsichtlich der Rechte der sunnitischen Muslime (etwa in der Kopftuchfrage) griff die AKP das Demokratiedefizit des bestehenden Laizismus-Verständnisses durchaus auf und bezeichnete das Kopftuch-Tragen als individuelles, demokratisches Recht. Das Demokratieverständnis stieß jedoch dann an seine Grenzen, wenn es um die Rechte von muslimischen, nicht-muslimischen und ethnischen Gruppen/Minderheiten ging. So rüttelt die AKP wie ihre kemalistischen Vorgängerregierungen nicht an der jahrzehntelang propagierten Islaminterpretation, welche die Rechte

der alevitischen Glaubensgemeinschaft in der Türkei missachtet. Sie hat keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, im Amt für religiöse Angelegenheiten (Diyamet) in dieser Hinsicht eine liberale, tolerante Haltung durchzusetzen^{XXIX}. Ebenso wenig kann die AKP irgendwelche Fortschritte hinsichtlich der nicht-muslimischen religiösen Minderheiten vorweisen (s.u.).

Problematisch ist, dass sich dieses auf die sunnitische Mehrheit begrenzte „Demokratieverständnis“ auch in der Gesellschaft reflektiert. So befürworten nur 5,3% der Bevölkerung eine finanzielle Unterstützung für die Gebetshäuser der Aleviten (cem evi), wohingegen eine staatliche Finanzierung für Moscheen gemeinhin akzeptiert wird^{XXX}. Zudem ist mit zunehmender Religiosität auch ein Erstarren an inter-religiöser Abgrenzung zu verzeichnen. Dies zeigt sich z.B. an einer steigenden Ablehnung inter-religiöser Eheschließungen (etwa zwischen Aleviten und Sunniten).

Die AKP versuchte in gewisser Weise auch, die Politik zu entideologisieren, um den Konflikten in der Gesellschaft aus dem Wege zu gehen. Ideologie wurde als zu überwindendes Relikt der Vergangenheit dargestellt. Politik hingegen sei nach technokratischen-pragmatischen Gesichtspunkten zu gestalten und entscheiden. Diese Herangehensweise stößt aber dann an ihre Grenzen, wenn die AKP auf ideologischem Gebiet herausgefordert wird^{XXXI}. Vor diesem Problem steht die Partei spätestens seit dem Frühjahr 2007. Beim Versuch, die politische Krise um die Staatspräsidentenwahl in den Griff zu bekommen, beging sie einen handwerklichen Fehler nach dem anderen und sah sich schließlich gezwungen, in einen Wettlauf mit der Opposition zu treten, wer „nationalistischer“, „kemalistischer“ und „republikstreuer“ ist.

Insgesamt ist der Eindruck sicherlich nicht falsch, dass die AKP noch immer auf der Suche nach ihrem eigenen Selbstverständnis ist. Im Vorwahlkampf 2007 ist sie bemüht, ein betont „nicht-islamisches“ Image aufrechtzuerhalten und hat die Kandidatur von PolitikerInnen, welche in Verbindung mit der Wohlfahrtspartei und dem Militärputsch 1997 gebracht werden, abgelehnt^{xxxii}. Ebenso hat Erdogan bei der Aufstellung von Kandidaten für die Parlamentswahl am 22. Juli 2007 prominente Politiker aus der CHP aufgestellt. Es wird in den türkischen Medien diskutiert, dass die AKP hierdurch, ihre Identität „rechts der Mitte“ auszubauen und sich von dem alten Vorurteil zu befreien versucht, eine Verlängerung der Erbakan-Linie zu sein. Dies hat sicher auch rein wahltaktische Gründe und ist dem gegenwärtig angespannten politischen Klima mit geschuldet. Dennoch sendet die Parteispitze hiermit auch ein klares Signal an die traditionell-konservative Basis aus, das ebenso nicht wirkungslos bleiben und die Identitätsbildung der Partei prägen wird.

Wenn die AKP bei den Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 dennoch einen Stimmenzuwachs auch aus dem nicht-religiösen Spektrum erhalten sollte, dann dürfte dies in Teilen vielleicht noch der Bonus der Reformjahre sein. Die AKP kann wie keine andere der politischen Parteien eine hervorragende Reformbilanz vorweisen. Dies veranlasst einige, solange an der AKP festzuhalten, bis es in der Türkei eine glaubwürdige demokratische Alternative gibt. Auch wenn dieser Bonus angesichts des zunehmenden Nationalismus und

des autoritären Führungsstils, der sich besonders in den letzten Wochen manifestierte, rückläufig sein dürfte. Ein Zuwachs an WählerInnen dürfte auch Ausdruck von Protest gegen das Vorgehen der CHP und Militärs selbst sein, das insbesondere unter den religiösen und ethnischen Minderheiten enorme Besorgnis erregte.

Angesichts der zunehmenden Intoleranz des religiösen Teils der sunnitischen Mehrheitsgesellschaft und den muslimischen wie nicht-muslimischen Minderheiten hat die Heinrich-Böll-Stiftung für die kommenden drei Jahre ein Dialogprogramm vorgesehen, das unterschiedliche religiöse Strömungen genauso wie nicht-religiöse Strömungen zu einer Verständigung über Grundfragen von Demokratie bestärken soll. Aufgrund der aktuellen politischen Zuspitzung wurden diese Aktivitäten jedoch vorerst auf Eis gelegt, da ein konstruktiver Dialog ein Mindestmaß an Sicherheit voraussetzt. Sicherheit ist gegenwärtig insofern nicht vorhanden, als das sunnitisch-religiöse Spektrum von den Verteidigern einer laizistischen Grundordnung als „feindliches Lager der Republik“ definiert und kriminalisiert wird. Solange der Ausgang dieses Konfliktes, der zwischen den Eliten des Landes geführt wird, nicht absehbar zivilere Formen annimmt, ist ein Dialog an der Basis nicht denkbar. Ebenso hat die Zuspitzung des Nationalismus und die Ermordung von Hrant Dink sowie von drei Christen in Malatya zu einer gefühlten Gefährdung der nicht-muslimischen Bevölkerung geführt. Auch auf dieser Grundlage ist ein freier Gedankenaustausch nicht vorstellbar. Die hbs hegt dennoch die Hoffnung, dieses Programm nach Beruhigung der politischen Situation fortsetzen zu können.

5. Militär und Politik

Die meisten Beobachter in der Türkei sind sich darin einig, dass die Gefahr einer wie auch immer gearteten militärischen Intervention in die Politik des Landes noch nicht gebannt ist. In diesem Kapitel sollen daher die Grundzüge der aktuellen politischen Auseinandersetzung zwischen Militär und politischer Führung dargelegt und ein vertiefender Blick die strukturellen Faktoren aufzeigen, welche das Verhältnis von Militär und Politik in der Türkei prägen.



Aktuelle Entwicklungen

Mit Übernahme seines Amtes als Generalstabschef im August 2006 waren Spannungen zwischen der türkischen Regierung und General Yasar Büyükanit vorprogrammiert. Büyükanit gilt im Unterschied zu seinem Vorgänger Hilmi Özkök, der im August 2006 turnusgemäß von seinem Amt zurücktrat, als Hardliner XXXIII: Die ersten Konflikte zwischen dem Generalstabschef und der türkischen Regierung zeichneten sich daher kurz nach Amtsübernahme von Büyükanit ab: „Unser Land steht heute vor zwei ernsthaften Bedrohungen. Die erste davon ist der Separatismus, der uns von innen zu stürzen strebt, indem er die nationale Einheit und Geschlossenheit zerstört und der Fundamentalismus (irtica), welcher darauf abzielt, die laizistische und demokratische Ordnung der Türkischen Republik zu beseitigen.“ XXXIV. Im Laufe des Herbstes 2006 erreichte der Konflikt zwischen Militär und politischer Führung seinen ersten Höhepunkt, indem eine Reihe an Kommandeuren an die Öffentlichkeit trat und vor einer islamistischen Gefahr warnte. Generalstabschef Büyükanit ging am 2.10.2006 einen Schritt weiter und griff einerseits direkt die politische Spitze des Landes an, andererseits kritisierte er deutlich die Europäische Union, die den Stellenwert des Militärs in der türkischen Gesellschaft in Frage stelle. Schließlich weitete er seine Kritik auf die Autoren einer Publikation aus, die in der Stellung des Militärs in der türkischen Gesellschaft ein Hindernis für die Demokratisierung des Landes sahen XXXV. Die Möglichkeit eines Militärputsches in der Türkei im Jahr 2007 wurde daher bereits Ende November 2006 von den Medien diskutiert XXXVI.

Im Frühjahr 2007 spitzte sich der Konflikt zwischen dem Militär und der Regierung zunächst in der Kurdenfrage erneut zu. Das Militär drängte darauf, im Nord-Irak zu intervenieren und die PKK bekämpfen zu können. In seiner Rede vom 12. April 2007 sprach Generalstabschef Büyükanit deutliche Worte und forderte die politische Führung dazu auf, den Marschbefehl zu erteilen. Ende April dann überraschte der Generalstab mit einem Dekret die Öffentlichkeit, in dem er vor separatistischer und islamistischer Bedrohung warnte. Der Generalstabschef trat erneut Ende Mai 2007 an die Öffentlichkeit, erinnerte mit Nachdruck an die Forderung nach einem schriftlichen Befehl zum Einmarsch im Nordirak und stellte hierbei die rhetorische Frage, ob das Militär neben der PKK auch noch gegen Barzani bzw. die KDP vorgehen solle.

Deutlich ist, dass das Militär seine Stellung in der Türkei mit Vehemenz zu verteidigen bereit ist. Abwechselnd werden interne und externe Gefahren angeführt, die als Legitimation für die Stellung des Militärs in der Politik des Landes dienen XXXVII. Zunehmend scheut sich der Generalstab auch nicht, die EU direkt anzugreifen. In der Vergangenheit konzentrierte sich die Kritik hauptsächlich auf eine mangelnde Verfolgung der PKK in Europa bzw. im Irak. Nunmehr aber weitete sich diese Kritik auch auf die Europäische Union und europäische Kreise aus, die für ein multikulturelles Konzept, für ein alternatives Staatsbürgerschaftskonzept und für eine zivile Kontrolle des Militärs eintreten XXXVIII. Angesichts dieser erneuten harschen Worte von Büyükanit Ende Mai 2007 wird nun in der türkischen Öffentlichkeit darüber spekuliert, ob die Parlamentswahlen am 22. Juli überhaupt

noch durchgeführt werden oder nicht. Sollte das türkische Militär im Nord-Irak intervenieren, bestünde die Möglichkeit, die Parlamentswahlen um ein Jahr zu verschieben. Nicht umsonst ziehen mittlerweile einige oppositionelle Kandidaten in Zweifel, ob die Wahlen überhaupt stattfinden werden.

Die Bevölkerung der Türkei lebt folglich seit Wochen unter dem drohenden Damoklesschwert einer militärischen Intervention, welcher Natur diese auch immer sein würde. Interessant und von Bedeutung ist andererseits aber das Bemühen der politischen Akteure, sich von diesen Drohgebärden nicht allzu stark beeinflussen zu lassen und sich auf die Parlamentswahlen vorzubereiten. Deutlich ist auch, dass sich die AKP-Regierung als erste in der Geschichte der türkischen Republik in deutlicher Sprache gegen das Dekret zur Wehr setzte. Ministerpräsident Erdogan bezeichnete dieses als einen „Schuss gegen die Demokratie“.

Dennoch ist noch immer eine große Mehrheit der politischen Parteien von CHP bis MHP überzeugt, dass die Türkei eine starke Stellung des Militärs zum Schutz vor inneren Bedrohungen wie Separatismus und Islamismus benötigt. Die Stimmen auf den sog. Republikstreifen waren diesbezüglich zwar nicht eindeutig. Aber die zeitliche Abfolge der Ereignisse Mitte April lässt hier kaum Zweifel zu: nachdem Büyükanit mit seiner Rede am 12. April an die Öffentlichkeit trat und vor Separatismus und Islamismus warnte, erhielt er am folgenden Tag Unterstützung durch den Staatspräsidenten, der das Land vor tiefen Gefahren sah. Einen Tag später, am 14. April 2007, fand dann die erste Massendemonstration statt, die von dem emeritierten Kommandeur der Gendarmerie und Vorsitzenden des Atatürk-Gedanken-Vereins, Şener Eruygur, mit organisiert wurde. Eruygur gehört zu den Offizieren, denen Putschambitionen aus den Jahren 2003/2004 nachgesagt werden XXXIX. Das Szenario vor der Entscheidung des Verfassungsgerichtes geht in eine ähnliche Richtung, die CHP kündigte den Gang zum Verfassungsgericht an, um den ersten Wahlgang anzufechten. In der folgenden Nacht erließ das Militär sein Dekret mit der kaum verhohlenen Androhung eines wie auch immer gearteten Eingreifens. Am Tag darauf fand schließlich ein weiteres dieser Republikstreifen statt.

Dieses Vorgehen macht deutlich, dass der Weg zu einer zivilen Kontrolle des Militärs in der Türkei – so sie denn überhaupt gelingen sollte – noch weit ist. Insbesondere durch die historisch begründete hohe Akzeptanz des Militärs als Hüter der kemalistischen Prinzipien dürfte dies erst dann gelingen, wenn das Vertrauen in die politischen Institutionen gewachsen und die gesellschaftlichen Risse zumindest größtenteils geschlossen sind. Noch immer sind 59.9% der Bevölkerung der Ansicht, dass das Militär ein gesondertes Recht hat, die Politik zu kritisieren und 20-25% stehen einem Militärputsch grundsätzlich positiv gegenüber. Wenig überraschen dürfte hierbei, dass auch das konservative, religiöse Spektrum der unteren Schichten dem Militär gegenüber insgesamt eher positiv eingestellt ist. Diejenigen, die sich für eine zivile Kontrolle des Militärs stark machen, entspringen dem links-politischen Teil der eher besser gesellten gesellschaftlichen Kreise. Ebenso wenig überraschend ist, dass die kurdische Gesellschaft sich vorwiegend kritisch gegenüber einer militärischen Einmischung in die Politik des Landes XL.

Dabei ist eine Kontrolle durch demokratisch legitimierte zivile Institutionen einer der Grundpfeiler einer funktionierenden Demokratie.

Stellung des Militärs in der Politik

In den Jahren 2002-2004 wurden zahlreiche Reformen verabschiedet, welche die Stellung des Militärs stärkerer ziviler Kontrolle unterstellen sollten. Zu den bedeutendsten Reformen in diesem Zusammenhang gehört die Reform von Artikel 2945 über den Nationalen Sicherheitsrat vom August 2004, wonach der Nationale Sicherheitsrat seine "Wächterfunktion" zugunsten einer lediglich beratenden Funktion einbüßte. Erhöht, wenngleich nicht vollends durchgesetzt, wurde auch die zivile Kontrolle über den Haushalt der Streitkräfte. Dennoch sind weiterhin zahlreiche Gesetze und Bestimmungen gültig, die dem Militär und Sicherheitsapparat im Allgemeinen außerordentlich weitreichende Kompetenzen in der Politik des Landes zuschreiben. Außerdem zeigt die oben aufgeführte Praxis, dass die Militärs sich nicht mit der Beschneidung ihrer Rolle abfinden wollen.

Weiterhin problematisch ist Artikel 2a des Gesetzes über den Nationalen Sicherheitsrat. Der NSR ist mit der Aufrechterhaltung der „nationalen Sicherheit“ beauftragt. Der verwendete Sicherheitsbegriff ist derart weit gefasst, dass auch kulturelle und politische Ziele als Teil der Sicherheitsaufgaben betrachtet werden. xli

Ferner hat weiterhin Artikel 35 der internen Dienstordnung des Militärs Gültigkeit. Dieser Artikel diente in der Vergangenheit als Rechtsgrundlage für die Militärinterventionen in der Türkei. Demnach hat das Militär die Aufgabe, das türkische Territorium und die Republik, wie sie in der Verfassung definiert ist, zu schützen. Daher hat das Militär rechtlich weiterhin die Möglichkeit, politische Kommentare und Bewertungen abzugeben. Die Auseinandersetzung zwischen Militär und Politik seit verganginem Herbst ist aus juristischer Sicht bisher folglich gedeckt. xlii

Nach dem sogenannten postmodernen Militärputsch aus dem Jahr 1997 wurde in den Reihen des Generalstabs eine sog. Westliche Arbeitsgruppe (Bati Calisma Grubu) errichtet, um Aktivitäten ziviler Institutionen wie NGOs, Parteien, Bürgermeister, Angestellte und Medien auszuhebeln. Damit übernahm diese Arbeitsgruppe quasi geheimdienstliche Aktivitäten. Das Misstrauen gegenüber dem Geheimdienst MIT und den Aufklärungseinheiten der Polizei, welche dem Innenministerium unterstellt sind, dürfte ausschlaggebend für das Errichten dieser Arbeitsgruppe gewesen sein. Dies gilt auch für das im Januar 1997 eingerichtete sog. Krisenmanagement-Zentrum innerhalb des Generalsekretariats des NSR, welches formal dem Ministerpräsidenten untersteht, de facto aber dem NSR eingegliedert ist und keiner ziviler Kontrolle zugänglich ist. Dieses ist mit der Überwachung islamistischer Tendenzen in der Gesellschaft beauftragt.

Als wachsendes Problem ist die Rolle und seit den 1990er Jahren wachsende Aufgabe der Gendarmerie zu sehen. So ist die Gendarmerie zwar dem Innenministerium unterstellt, aber hinsichtlich Ausbildung und Ernennung dem Militär eingegliedert. Der Generalkommandeur der Gendarmerie hatte in den 90er Jahren

seine Befugnisse ausgebaut und mit dem Aufbau neuer Einheiten seine operationelle Effektivität erweitert. Die EU Kommission mahnt in ihrem Fortschrittsbericht 2006 fehlende Maßnahmen zur Kontrolle der Gendarmerie an und bezeichnete darüber hinaus, die im vergangenen Jahr bekannt gewordene Existenz von EMASYA, Einheiten für Sicherheit, öffentliche Ordnung und Zusammenarbeit, die ohne zivilen Auftrag Operationen durchführen können, als Besorgnis erregend. Diese Einheiten gehen auf ein Geheimprotokoll zwischen dem Innenministerium und dem Generalstab aus dem Jahr 1997 zurück. Gemäß dem sog. EMASYA-Protokoll kann das Militär auch ohne zivilen Auftrag zur Abwehr von Gefahren der inneren Sicherheit Informationen sammeln. Diese Einheiten waren offensichtlich in das Bombenattentat von Semdinli im Herbst 2005 verwickelt^{xliii}. Der Staatsanwalt, der die Hintergründe aufdecken wollte, wurde seines Amtes enthoben und erwägt nun vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof Beschwerde einzulegen. Die im Fall Semdinli gegen Militärangehörige gefällten Urteile wurden im Mai 2007 aufgehoben und an das Militärgericht verwiesen^{xliiv}. Die Enthüllungen im Fall der Ermordung von Hrnt Dink zeigten deutlich die Konkurrenzen zwischen den Geheimdiensten, aber auch Verbindungen der Attentäter zur Gendarmerie auf, die bisher allerdings nicht aufgeklärt wurden. xlv

Unterschiedliche Strömungen im Militär

Diese Strukturen und das fortbestehende Selbstverständnis des Militärs, die Republik vor internen und externen Feinden schützen zu müssen, führen dazu, dass das Militär quasi eine eigene politische Agenda auch gegen den Widerstand der zivilen Politik zu verfolgen in der Lage ist. Deutlich ist auch, dass das Militär intern in verschiedene Lager gespalten ist. Liberalere Offiziere um den ehemaligen Generalstabschef Hilmi Özkök traten durchaus für demokratischere zivil-militärische Beziehungen ein. Andererseits gibt es innerhalb des Militärs eine Gruppe von Befehlshabern und jungen Offizieren, die wie die Auseinandersetzungen vom Herbst 2006 belegen, äußerst kritisch gegenüber der AKP-Regierung eingestellt ist und die AKP als einen Angriff auf die laizistische Republik ansieht. Manche Autoren gehen davon aus, dass diese Strömung letztlich eine Verlängerung der „westlichen Arbeitsgruppe“ darstellt. Die Gruppe junger Offiziere trat in der Vergangenheit unter dem Namen „Erenler grubu“ (Heiligengruppe) in Erscheinung. Es wird vermutet, dass es sich hierbei um Offiziere handelt, die hinter dem Putsch von 1997 standen^{xlvi}.

Im April 2007 veröffentlichte die Wochenzeitschrift NOKTA Tagebuchaufzeichnungen des ehemaligen Generals Özden Örnek, wonach Kommandeure der Streitkräfte und Gendarmerie im Jahr 2003/4 zwei Putschpläne gegen die AKP-Regierung ausgearbeitet hatten, die allein durch das Einschreiten von Özkök vereitelt worden seien. Die erste Initiative mit dem Codenamen "Sarıkız" sei im September 2003 von dem damaligen Gendarmeriekommandeur Şener Eruygur, dem Kommandeur der Truppe Ayaç Yalman, dem Kommandeur der Seestreitkräfte Özden Örnek und der Luftstreitkräfte İbrahim Firtına ausgegangen. Sie bereiteten Pläne vor, welche sie auf einer Sitzung des Hohen Militärrates vorstellten. Durch das Einschreiten des Generalstabschefs Özkök sei eine militärische Note unterblieben. Der zweite Versuch sei allein von

dem Kommandeur der Gendarmerie Şener Eryugur zur Verhinderung des Referendums in Zypern, April 2004, initiiert gewesen und mangels Unterstützung unterblieben^{xlvii}. Nachdem die Wochenzeitschrift darüber hinaus über Verbindungen zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Militär berichtete, führte der Generalstabschef am 12. April eine Pressekonferenz durch, in dem er betonte, dass sich die Tagebuchaufzeichnungen nicht im Archiv des Generalstabs befänden^{xlviii}. Abdullah Gül hingegen bestätigte, von den Putschplänen informiert gewesen zu sein. ^{xlix}

Auch wenn das Militär in der Türkei in seinen Grundzügen traditionell als pro-westlich und pro-europäisch eingestuft werden kann, zeigt es dennoch eine gewisse Ambivalenz gegenüber der EU und dem EU-Beitrittsbestreben.

Fazit

Der Flügel innerhalb des Militärs, dem offensichtlich auch Generalstabschef Büyükanit angehört, scheint entschlossen zu sein, seine Stellung in der Politik des Landes zu behaupten. Ferner deutet alles darauf hin, dass das Militär hierbei eine eigene Agenda entwickelt und gewillt ist, diese gegen den Willen der gewählten zivilen Regierung durchzusetzen. Unklar ist das Kräfteverhältnis zwischen den Strömungen. Damit bleibt auch die Frage nach den Chancen auf eine zivile demokratische Kontrolle des Militärs vorerst offen. Die jüngsten Entwicklungen deuten eher darauf, dass die „Falken“ zumindest gegenwärtig die Oberhand haben. Dies bedeutet, dass vorerst das Land weiter von einer „Krise“ in die nächste schlittern dürfte.

Bedeutung gewinnt hier die internationale Staatengemeinschaft, denn die innergesellschaftlichen Kräfte dürften nicht ausreichen, das Militär in seine Schranken zu weisen. Wünschenswert wäre in diesem Kontext ein entschlossenes Auftreten auch der USA gegen das Dekret Ende April 2007 gewesen.

6. Menschenrechte - Meinungsfreiheit – Art. 301

In seinem Bericht über die Lage der Menschenrechte im Zeitraum Juli-Dezember 2006 hebt amnesty international zwei Problembereiche hervor: die Einschränkung der Meinungsfreiheit insbesondere durch Strafverfahren, die nach Artikel 301 eingeleitet wurden und die problematische Situation in den sog. F-Typ-Haftanstalten, die im Jahr 2000 neu eingeführt wurden ¹.

Die AKP-Regierung betonte in den vergangenen Jahren stets die „Nulltoleranz“ gegenüber Folter. Und in der Tat hat sich die Menschenrechtsbilanz in diesem Punkt deutlich verbessert. Deutlich weniger Foltervorfälle wurden von den Menschenrechtsorganisationen IHD, TIHV und Mazlum-Der verzeichnet. Allerdings wird diese positive Bilanz dadurch getrübt, dass offensichtlich zunehmend Fälle von Bedrohungen, Einschüchterungen und Gewaltanwendung außerhalb von Haftanstalten zu beobachten sind. ^{li}



Ausgabe 3-2007 von Mahsus Mahal

Die Heinrich-Böll-Stiftung in der Türkei unterstützt daher seit nunmehr über einem Jahr ein Projekt, das sich für die Verbesserung der Haftbedingungen einsetzt und das Engagement der Zivilgesellschaft in diesem Bereich stärken soll. Zudem unterstützt die Stiftung die Herausgabe einer monatlich erscheinenden Zeitschrift „Mahsus Mahal“, in der literarische Werke von Gefangenen abgedruckt und der Dialog zwischen „Dinnen“ und „Draußen“ gefördert werden soll.

Artikel 301

Bereits vor Verabschiedung von Paragraph 301 des Strafgesetzbuches im Juni 2005 gab es heftige Proteste von Seiten der Journalisten, Rechtsanwälte und Intellektuellen. Auch international wurden starke Bedenken gegen diesen Paragraphen laut. Die türkische Regierung versuchte die Kritiker damit zu beruhigen, dass nicht so sehr der Gesetzestext sondern die Auslegung in der Praxis entscheidend sei. Hiervon sei nichts zu befürchten. Die kritische Öffentlichkeit sollte jedoch mit ihren Vorbehalten mehr als Recht behalten.

“Article 301 of the Turkish penal code criminalizes the ‘public denigration’ of Turkishness, the Turkish Republic, the Grand National Assembly, the government, judiciary, military and security services in terms so broad as to be applicable to a wide range of critical opinions. More than 60 writers have been charged under the law since its introduction in 2005. For example, in September 2006 the novelist Elif Shafak was tried for ‘insult’ to Turkishness under

Article 301 for comments referring to the Armenian massacres as genocide made by fictitious characters in her bestselling novel *Baba ve Pic* ('Father and Bastard'). The case provoked international condemnation and she was acquitted". lii

Bemerkenswert ist, dass ein Großteil der Verfahren aufgrund einer Anzeige des Vorsitzenden der türkischen Juristenvereinigung, Rechtsanwalt Kemal Kerinçsiz, ins Rollen kam. Auch wenn die Strafverfahren selbst eingestellt wurden, so konnten diese von der nationalistischen Juristenvereinigung dennoch dazu instrumentalisiert werden, kritische Stimmen öffentlich als Staatsfeinde zu brandmarken und insgesamt ein Klima der Hetze und Verfolgung zu erzeugen.

Anders als in den meisten Fällen endete das Strafverfahren gegen den armenisch-türkischen Intellektuellen Hrant Dink nicht in einem Freispruch sondern einer sechsmonatigen Haftstrafe. Hrant Dink befasste sich in seinem letzten Artikel, den er kurz vor seiner Ermordung schrieb, mit den Gründen für diese „Sonderbehandlung“. Er kam zu dem Schluss, dass dieses Urteil nur mit seiner Religionszugehörigkeit in Verbindung zu bringen ist. Das Engagement von Hrant Dink für Demokratisierung und für den türkisch-armenischen Dialog erschwerte es den nationalistischen Kreisen, das Feindbild des Armeniers als Staatsfeind aufrechtzuerhalten. Er durchkreuzte mit seiner Person und seinem Werk dieses Stereotyp. Die nach 301 Angeklagten sind nun zur Zielscheibe nationalistischer Kräfte geworden und mit ihrem Leben bedroht. Spätestens seit der Ermordung von Hrant Dink sind zahlreiche Intellektuelle gezwungen, ihr Leben durch Bodyguards schützen zu lassen.



Eine der Losungen während des Trauermarschs für Hrant Dink war „Mörder 301“. Die internationale und nationale Öffentlichkeit forderte die Abschaffung des Paragraphen, der letztlich diesen Mord ermöglichte. Die Regierung reagierte auf diese Forderung mit einem vermeintlichen Angebot und forderte die Zivilgesellschaft auf, sich auf einen Alternativvorschlag für die kritischen Passagen des Gesetzes zu einigen. Sie werde das Gesetz zwar nicht vollkommen beseitigen, sei aber gewillt, entsprechende Passage z.B. bzgl. der „Herabwürdigung des Türkentums“ zu ändern. Vor dem Hintergrund der politisch breit gefächerten Zivilgesellschaft, die in Teilen durchaus selbst nationalistisch geprägt ist, war das Nichtzustandekommen eines gemeinsamen Textvorschlages

absehbar. Die Regierung wies damit die Verantwortung von sich und versuchte darüber hinaus, die Zivilgesellschaft als handlungsunfähig zu diffamieren.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang auch, dass die führende Oppositionspartei, CHP, Artikel 301 von Anfang an unterstützte. Der CHP-Vorsitzende Baykal formulierte es so: „Warum ist Mustafa Kemal Atatürk hervorgetreten und hat ‚Wie glücklich bin ich, mich Türke zu nennen‘ gesagt. Das hat seinen Grund: Seid still und setzt das Türkentum nicht herab! Das Türkentum ist das Symbol für Unabhängigkeit und Souveränität. Warum zollen Sie diesem keinen Respekt, warum? Es ist fast schon so, als ob man sich dafür entschuldigen müsste, Türke zu sein. Wir werden uns nicht entschuldigen, mein Freund. Wir sind stolz auf unsere Identität“. Baykal führte weiter aus, dass Ministerpräsident Erdogan Unterstützung für eine Reform des 301 suche: „Er sucht einen Partner, der mit ihm die Schande teilt, die türkische Identität anzugreifen. Ja, das ist keine einfache Sache. Meine Antwort ist klar: klopf an einer anderen Tür an“ liii

7. Nationalismus und Minderheitenpolitik

Die vergangenen zwei Jahre (s. politischer Jahresbericht 2005/6) warfen für den Zeitraum Juli 2006-2007 bereits einen dunklen Schatten voraus. Der Mord an Hrant Dink am 19. Januar 2007 erschütterte die türkische Öffentlichkeit wie kaum ein Ereignis der letzten Jahre zuvor.

Obwohl über hunderttausend Menschen ihm das letzte Geleit gewährten und sich mit ihm und den Armeniern in der Türkei solidarisierten, hielt diese Hoffnung nicht lange an. Mit einer unglaublichen Wucht holten die türkischen Nationalisten zum Gegenschlag aus. Es gelang diesen, die Hegemonie im öffentlichen Diskurs zurückzuerobieren. Die Solidaritätsbekundungen mit Slogans wie „Wir alle sind Hrant Dink“, „Wir alle sind Armenier“ wurden in ihr Gegenteil verkehrt „Wir alle sind Türken“. Der Oppositionsführer im türkischen Parlament, Deniz Baykal, kritisierte die Journalisten und Kolumnisten, die vor einem zunehmend erstarkenden Nationalismus warnten, damit, dass sie mit diesem Gerede gegen den Nationalismus aufhören sollten. Der türkische Nationalismus sei nicht rassistisch, es handle sich um eine Form von Patriotismus. Der Nationalismus sei schließlich der Zement des Türkentums. Dass der Begriff „Türkentum“ nun genau Kern eines rassistischen Nationenverständnisses darstellt, das die Vielfalt der Ethnien innerhalb des türkischen Staatsterritoriums rundweg leugnet, ignorierte er beflissentlich.

Die unterschiedlichen „Spielarten“ des derart propagierten Nationalismus zeigten sich während des Frühjahrs 2007. Einerseits richtete sich der Nationalismus gegen alle „Separatisten“ und meinte damit diejenigen, die für eine „multikulturelle Gesellschaft“ eintraten. Er zielte damit gegen die Forderungen nach Rechten für die nicht-muslimischen Minderheiten genauso wie für die kurdische Bevölkerung. Andererseits richtete sich der Nationalismus zunehmend gegen die religiös geprägte Bevölkerung, die als Bedrohung der Republik und des Laizismus dargestellt wurden. Im Kern wurde deutlich, dass die Auseinandersetzung sich zunehmend in „Republiksfeinde“ und „Republiksbefürworter“ zuspitzte. Die Spielräume dazwischen wurden im Laufe dieses Frühjahrs immer

weiter eingeengt. Mittlerweile konkurriert die Mehrheit der politischen Parteien darum, der „bessere Nationalist“ zu sein. Keine der politischen Parteien einschließlich der AKP scheint noch willens, die damit verbundenen gesellschaftspolitischen Probleme in Angriff zu nehmen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass Binnaz Toprak und Ali Carkoglu in ihrer empirischen Studie vom Mai 2006 zu dem Ergebnis kommen, dass in der Türkei ein sehr begrenztes Verständnis für die Rechte der „anderen“ besteht und kein Anlass zu Optimismus hinsichtlich eines modernen Demokratieverständnisses der Gesellschaft besteht, das die Rechte der „Anderen“ respektiert.^{liv}

Dass dies auf die Wahlkampfssituation allein bei weitem nicht zurückgeführt werden kann, dokumentiert auch der EU-Fortschrittsbericht aus dem vergangenen Jahr. Die türkische Regierung sei bisher nicht gewillt, Fortschritte zur Durchsetzung der Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten durchzusetzen: „Auch nach dem Besuch des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten (HKNM) der OSZE im Februar 2005 waren diesbezüglich keine Änderungen zu verzeichnen und bei der Aufnahme des geplanten Dialogs über die Lage nationaler Minderheiten in der Türkei gab es keine Fortschritte. Die Intensivierung eines solchen Dialogs zwischen der Türkei und dem HKNM ist jedoch dringend erforderlich, wobei alle für Minderheiten relevanten Bereiche wie Bildung, Sprachen, Teilnahme am öffentlichen Leben und Rundfunksendungen in Minderheitensprachen einbezogen werden müssen. Dies würde der Türkei die Anpassung an internationale Standards und an die bewährten Praktiken der EU-Mitgliedstaaten erleichtern, die die Wahrung der kulturellen Vielfalt und die Förderung der Achtung vor und des Schutzes von Minderheiten zum Ziel haben. Anlass zur Sorge gibt in diesem Zusammenhang auch der Vorbehalt, den die Türkei wegen der Minderheitenrechte gegen den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) eingelegt hat - und gegen den einige EU-Mitgliedstaaten protestiert haben, weil er aus ihrer Sicht dem Sinn und Zweck des Pakts zuwiderläuft - sowie der Vorbehalt, den die Türkei gegen den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESCR) bezüglich des Rechts auf Bildung angemeldet hat. Die Türkei hat weder das Rahmenübereinkommen des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten noch die Europäische Charta zum Schutz der Regional- und Minderheitensprachen unterzeichnet“. ^{lv}

Die Haltung der AKP-Regierung bezüglich des Zulassens einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit der Genozidfrage, war 2005 durchaus widersprüchlich. Einerseits ließ sie – wenn auch in letzter Minute und nach einer erschreckend hetzerischen Rede des Justizministers Cicek – eine Konferenz über die Armenierfrage an der Bilgi Universität zu und diskutierte erstmals auch im türkischen Parlament über diese Problematik. Andererseits ist die AKP-Regierung nicht bereit, auch nur kleine Schritte von sich aus zur Überwindung der Feindschaft und Feindbilder zu initiieren oder die Rechte der nicht-muslimischen Minderheiten zu garantieren.

Armenierfrage

Im Herbst 2006 setzte die türkische Regierung alle Hebel in Bewegung, die Verabschiedung des Gesetzes im französischen

Parlament, welches die Leugnung des Genozids unter Strafe stellt zu verhindern.^{lvi} Einem ähnlichen diplomatischen Bombardement sahen sich PolitikerInnen in den USA angesichts der bevorstehenden Verabschiedung einer Resolution zur Armenierfrage im Frühjahr 2007 ausgesetzt.

Die Eröffnung des Museums der vormaligen armenischen Kirche Akhtamar am 29.3.2007 in Van war dagegen endlich ein positives Signal, Allerdings trübten etliche Zwischentöne das Bild. Warum verwies der Kultusminister Koc auf das Ansinnen von dem Patriarchen, einmal im Jahr eine Messe abhalten zu können, auf die Zustimmung des Innen- und Außenministeriums? Warum war es untersagt, dass die Feierlichkeiten auch ins Armenische übersetzt wurden, wo doch offizielle Gäste aus Armenien anwesend waren? Warum konnte sich die türkische Regierung nicht durchringen, die armenische Schreibweise Akhtamar zu verwenden und beharrte stattdessen auf der türkischen Schreibweise Aktamar?

Die Gründe hierfür sind nicht nur in einer grundlegenden Weigerung, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, zu suchen. Sie zeigen ein noch immer tief verankertes Feindbild gegenüber „dem Armenischen“ insgesamt. Zunehmend bedarf es angesichts dieser Einstellungen eines besonderen Mutes, sich für die Rechte der armenischen Bevölkerung in der Türkei oder für einen Dialog mit ArmenierInnen einzusetzen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt in diesem Bereich zahlreiche Maßnahmen, die versuchen, eine Brücke zwischen den beiden Gesellschaften in Armenien und der Türkei sowie innerhalb der Türkei selbst zu schlagen. Ebenso hat sie in diesem Jahr ein Programm aufgelegt, welches sich mit Ansätzen der Vergangenheitsbewältigung befasst. Im Berichtszeitraum wurde ein Austauschprojekt zwischen FotografInnen aus Armenien und der Türkei gefördert, eine Publikation über das Bild der Nicht-Muslime unter den Intellektuellen der Türkei und eine Analyse der türkischen Printmedien hinsichtlich der Darstellung von Nicht-Muslimen unterstützt. Im Februar 2007 organisierte die Stiftung einen außerordentlich erfolgreichen, mehrtägigen internationalen Dialog zum Thema Vergangenheitsbewältigung mit Gästen aus Chile, Südafrika und Deutschland, an der täglich um die 400 Intellektuelle, Wissenschaftler und Aktivisten teilnahmen.

Dies zeigt den gesellschaftlichen Bedarf an Auseinandersetzung, der jedoch angesichts des gegenwärtigen Klimas deutlich erschwert ist. Die Stiftung plant für den Herbst 2007 zwei weitere Konferenzen, die sich mit der Genderproblematik im Vierländereck – Türkei-Armenien-Aserbeidschan und Georgien - befasst und das Thema Vergangenheitsbewältigung unter Genderaspekten behandelt.

Dass in der Türkei Ansätze zur Vergangenheitsbewältigung auch für relativ aktuelle Entwicklungen erforderlich sind, zeigt die Kurdenproblematik, in der es ebenso keine Fortschritte zu verzeichnen gibt.

Die Kurdenproblematik als regionaler Faktor

Die Kurdenfrage in der Türkei kann heute weniger denn je als eine rein interne Angelegenheit betrachtet werden. Die Entwicklungen im Nachbarland Irak haben einen unmittelbaren Einfluss auf die Bearbeitung der Kurdenfrage in der Türkei. Das türkische Militär

beklagt sich seit geraumer Zeit über die mangelnde US-Unterstützung im Kampf gegen das „interne Terrorproblem“, d.h. die PKK, die vom Nord-Irak aus den Südosten des Landes in Unruhe hält. Auch von Gesprächen und Verhandlungen mit der KDP unter Mazud Barzani verspricht sich die türkische Seite keine Erfolge. Diese habe bisher die PKK auf ihrem Territorium geduldet und sei daher als Unterstützer der PKK zu verstehen. Im August 2006 brachte das Militär seine eindeutige Unzufriedenheit über die fehlende Unterstützung im Kampf gegen die PKK im Irak zum Ausdruck und drohte mit einer einseitigen Militärintervention. Der daraufhin etablierte Koordinierungsrat aus Vertretern des Irak (Amir Amed Hassun), Türkei (ehem. General Edip Baser) und USA (Joseph Ralston) nahm seine Tätigkeit im Oktober 2006 auf. Edip Baser, der für seine Haltung bekannt ist, die PKK als ein von der EU erzeugtes Problem zu halten, wurde auf Vorschlag des Generalstabs von der türkischen Regierung ernannt. lvii

Nicht nur die PKK-Präsenz im Nord-Irak, auch das Referendum im irakischen Kirkuk, das nach irakischer Verfassung bis Ende des Jahres 2007 durchgeführt werden sollte, sorgt bei den türkischen Streitkräften für wachsende Besorgnis: die Türkei fürchtet, dass das Referendum in Kirkuk zugunsten der Kurden endet, Kurdistan-Irak damit zu einem lebensfähigen Staat werden und sich gegebenenfalls vom Irak loslösen könnte. Dies hätte unmittelbare Auswirkungen auf die Stabilität im Irak selbst. Von eher strategisch nachrangiger aber ideologisch aufgeladener Bedeutung dürfte die Situation der Turkmenen in Kirkuk sein. Die Türkei sieht sich seit den 1990er Jahren als Schutzmacht der turkmenischen Minderheit und unterstützt die turkmenische Front im Nord-Irak. lviii. Damit hat sich die Türkei auch einen Einfluss im Nord-Irak gesichert. lix

Die Kurdenfrage ist zunehmend auch ein Feld, auf dem der Konflikt zwischen Militär und Regierung in der Türkei öffentlich ausgetragen wird. Im Februar/März 2007 eskalierte der Konflikt und das Militär forderte die türkische Regierung dazu auf, endlich einer Intervention zuzustimmen. Mit Barzani oder Talabani könne man keine Fortschritte bei der Bekämpfung der PKK auf dem Verhandlungswege erreichen. Damit zwingt das Militär die türkische Regierung verstärkt in einen nationalistischen Diskurs und lässt nahezu keine Spielräume für eine zivile Option offen. Ein starkes Vorgehen in der Kurdenfrage/Nord-Irak-Frage wird in gewisser Weise zum „Testfall“ für die Vaterlandstreue der AKP-Regierung. Das Militär scheint zunehmend auch keine Scheu vor internationalen Verwerfungen – allen voran der USA – zu haben und sieht sich in seinem Vorgehen durch mangelnde internationale Unterstützung in der Terrorbekämpfung legitimiert.

Wichtig ist die Rede des Generalstabschefs vom 12. April 2007 (www.boell.de). In der Rede wird die grundsätzliche Position des Militärs zur Kurdenproblematik in der Türkei und im Irak deutlich. Büyükanit warnt darin vor erhöhten Aktivitäten der PKK im Mai 2007 und fordert einen politischen Beschluss der Regierung, in den Nord-Irak intervenieren zu können. Die KDP unter Barzani wird zudem als Verbündeter der PKK aufgeführt. lx Büyükanit erinnert die Regierung Ende Mai 2007 erneut an diese Rede und forderte nun mit Nachdruck einen Einmarschbefehl für den Nord-Irak und eine Klarstellung des Einsatzbefehles: ob nur die PKK oder gleich auch Barzani bekämpft werden. Am Abend des 7. Juni wurden Gerüchte über eine Intervention im Nord-Irak gestreut. Diese wurden jedoch dementiert. Das Militär hob aber erneut die

Notwendigkeit eines derartigen politischen Beschlusses hervor. (siehe auch www.boell.de).

Die Regierung beschwor während dieser Kraftprobe mehrfach, dass zunächst alle diplomatischen Wege ausgeschöpft werden sollten. Mit der Entlassung von Edip Baser am 21.5.2007, stellte die Regierung klar, dass sie nicht vorhabe, sich in die Ecke treiben zu lassen. Das Militär erhöht in den Zeiten der innenpolitischen Instabilität zunehmend den Druck auf die Regierung für eine Militärintervention und hebt verstärkte Gefechte mit der PKK im kurdischen Südosten der Türkei hervor. Beerdigungsfeiern für gefallene Soldaten werden zu Massendemonstrationen gegen den Separatismus.

Damit trägt das Militär zu einer weiteren innenpolitischen Destabilisierung bei. Angesichts der politisch vollkommen geschwächten irakischen Regierung scheint auch die internationale Staatengemeinschaft eine Intervention im Nord-Irak nicht mehr auszuschließen. Die jüngsten Drohungen lösten regen diplomatischen Verkehr und Stellungnahmen der EU-Troika aus. Beobachter in der Türkei sehen in dem Timing jedoch eher ein innenpolitisch begründetes Motiv: das Verhindern der vorgezogenen Parlamentswahl am 22. Juli 2007. Denn trotz der Interventionen seitens der Streitkräfte scheint die AKP weiterhin ein potentieller Sieger dieser Wahl und damit hätte das Militär nicht sein Ziel erreicht.

Die Kurdenpolitik in der Türkei

Angesichts dieser Gemengelage gab die AKP-Regierung ihren im Herbst 2005 lancierten zaghaften Versuche für eine friedliche Bearbeitung der Kurdenfrage recht zügig wieder auf. Die CHP klagte Erdogan bereits damals an, das Türkentum zu einer bloßen „Sub-Identität“ zu erklären. Das Militär wiederum erinnerte Erdogan an die Verfassung und deren grundlegenden Prinzipien. Im Frühjahr 2007 attackierte Deniz Baykal den Ministerpräsidenten dahingehend, dass dieser öffentlich von „Herrn Öcalan“ gesprochen habe und damit den Terroristenchef hofierte. Erdogan konterte im Gegenzug, dass die CHP besser still sein sollte, da sie in der Vergangenheit sogar eine Koalition mit der pro-kurdischen Partei eingegangen sei. Die AKP hat damit vollends die nationalistische Propaganda übernommen und selbst die politische pro-kurdische Partei in den „Terrorismusverdacht“ gestellt. Die Kurdenfrage wird dementsprechend ausschließlich als Sicherheits- und Terrorproblem dargestellt.

Je mehr das Militär eine Militärintervention im Nord-Irak ins Auge fasst und die Kurdenfrage als Problem der internen und regionalen Sicherheit aufgefasst wird, umso weniger ist eine zivile Bearbeitung der Kurdenfrage in der Türkei möglich. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass keinerlei Fortschritte auf dem Gebiet des politischen Dialogs, der Entschädigung von Binnenmigranten oder der Überwindung des zunehmend dramatische Züge annehmenden sozialen Elends zu verzeichnen sind. lxii. „Nach wie vor ist die sozio-ökonomische Lage in der Südosttürkei insgesamt schwierig und es fehlt ein umfassender Plan zur Bewältigung der dortigen Probleme. (...) Zwischen der Regierung und den gewählten lokalen Politikern ist kaum ein Dialog möglich. Darüber hinaus laufen gegen viele der

lokalen Politiker Gerichtsverfahren“, konstatiert der EU-Fortschrittsbericht 2006. lxiii

Insgesamt hat sich auch die pro-kurdische Bewegung in den vergangenen Monaten nicht durch ein besonders positives Auftreten hervorgetan. Die Rede der kurdischen Politikerin Leyla Zana während der Nevroz-Feiern, dem kurdischen Neujahrsfest, in Diyarbakir war vielmehr erschreckend. Sie sagte, drei Menschen in ihren Herzen zu tragen: Talabani, Barzani und Öcalan. Während manche darin eher ein positives Signal sehen, da Öcalan nicht mehr als einziger Führer bezeichnet werde, kann die Autorin diese Einschätzung in keinsten Weise teilen. Weder hinsichtlich der Verehrung von Öcalan noch der Bedeutung der Entwicklungen im Nord-Irak für die türkischen Kurden. Zana hat damit Öl ins Feuer gegossen und sicher keinen Beitrag zur Entspannung geleistet. Ebenso waren die Vorstöße, Öcalan werde in der Haftanstalt vergiftet, deutlich als Propaganda und gezielte Provokation zu verstehen. Offensichtlich sind derartige Kampagnen mit einer gewissen Regelmäßigkeit erforderlich, um den Führungsanspruch in der Organisation zu behaupten.

Im Mai 2007 wurde in Ankara ein Selbstmordattentat verübt, für das ein Flügel der PKK verantwortlich zeichnete. Insgesamt wird in den kurdischen Gebieten seit zahlreichen Monaten nahezu täglich von bewaffneten Auseinandersetzungen berichtet. Nach Auslaufen des „einseitigen Waffenstillstandes“ am 18. Mai hat die PKK den bewaffneten Kampf jedoch offiziell nicht erneut aufgenommen. Zumindest gibt es keine derartige Deklaration.

Positiv zu bewerten ist die Entscheidung der DTP, unabhängige KandidatInnen für die Parlamentswahl aufzustellen. Dies zeugt von einem ernsthaften Bestreben, sich auf ziviler politischer Ebene für eine Bearbeitung der Kurdenfrage einzusetzen. Enttäuschend allerdings, ist, dass als oberste Priorität eine Generalamnestie gefordert werden soll. Angesichts der politischen Lage ist dies ein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen. Realistischere Forderungen wären sicherlich sinnvoller gewesen und hätten ein positiveres Klima erzeugen können.

Die Heinrich-Böll-Stiftung verfolgt in der Kurdenfrage eine mehrgleisige Strategie: einerseits unterstützt sie Ansätze, die Konzepte zur Entwicklung des ländlichen Raumes in der Region ausarbeiten. Andererseits unterstützt sie die historische Aufarbeitung der Vergangenheit und schließlich stärkt sie die Demokratisierung in der Region, indem sie unabhängige Nichtregierungsorganisationen in ihren Aktivitäten unterstützt.

8. Türkei-EU in schwierigem Fahrwasser

Angesichts der politischen Entwicklungen in der Türkei in den letzten zwölf Monaten scheint ein Ausbreiten der Europakritik in der Türkei nur konsequent. Zunehmend scheuen sich das Militär und die CHP nicht, eine deutlich EU-kritische Position einzunehmen. Europa wird vorgeworfen, die nationale Einheit des Landes durch wiederholte Forderungen nach Einhaltung der internationalen Minderheitenstandards zu gefährden. Kritisiert wird auch die kritische Haltung der EU gegenüber der Stellung der Militärs in der Politik des Landes.

In der Tat zeigte der am 12. Juni 2006 eingeleitete Screening Prozess hinsichtlich des „Acquis Communautaire“, dass die Türkei in drei Bereichen kaum Fortschritte vorweisen konnte: in der Zypernfrage, der Meinungsfreiheit und der Rechte der Minderheiten. Aufgrund der Weigerung der türkischen Regierung, die See- und Lufthäfen für den zypriotischen Verkehr zu öffnen, empfahl die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht Ende 2006, die Beitrittsverhandlungen teilweise auszusetzen und acht Kapitel vorerst nicht weiter zu verhandeln.

Durch die zunehmende Kritik bedeutender EU-Mitgliedsstaaten verlor die türkische Regierung innenpolitisch einen wichtigen Rückhalt für ihre eigene Position insbesondere gegenüber den Kräften, die lieber heute als morgen ein Ende der AKP-Regierung wünschten: das Militär, die CHP und kemalistisch-nationalistische Kreise.

Die AKP beteuert gegenüber der EU immer wieder ihre Reformbereitschaft. Gleichzeitig kann sie jedoch nur wenige Reformen insbesondere im politischen Bereich aufweisen, die als zufriedenstellend bezeichnet werden könnten. Am 17. April 2007, mitten im Vorwahlkampf zur Staatspräsidentenwahl, trat Ali Babacan, der EU-Chefunterhändler der Türkei, mit einem Arbeitsprogramm zur Anpassung an den EU-Acquis an die Öffentlichkeit. Erdogan unterstrich zeitgleich die Absicht, bis 2013 der EU beitreten zu wollen und bis dahin die erforderlichen Reformmaßnahmen durchgeführt zu haben. Das Programm wird als ein „lebendiges“ bezeichnet, das den aktuellen Bedürfnissen entsprechend angepasst werden kann. Die kritische Öffentlichkeit sieht diese „Lebendigkeit“ hingegen eher als Konzeptionslosigkeit, da sich darin keine konkreten Vorstellungen über die Umsetzung der Reformen finden. Dieses Dokument kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein öffentliches Plädoyer für eine Fortsetzung der EU-Annäherung angesichts der innenpolitischen Probleme, dem Nationalismus und dem steigenden Einfluss des Militärs seit geraumer Zeit nicht opportun ist.

Den Rest des Jahres dürfte das Land vollends damit befasst sein, einen Ausweg aus der innenpolitischen Krise zu suchen. Dennoch bleibt zu betonen, dass gerade in diesen innenpolitisch schwierigen Zeiten eine glaubwürdige EU-Beitrittsperspektive zumindest die Attraktivität eines demokratischen Projekts Türkei wach halten könnte. Mit zunehmend Türkei-kritischen Stimmen aus den Reihen der EU Mitgliedsstaaten hingegen hat die EU-Beitrittsperspektive an Glaubwürdigkeit verloren und damit auch die Chance, unbequeme Reformen durchsetzbar zu machen.

Zugegeben erscheinen derartige Optionen in der konkreten Krise der letzten Monate jedoch fast schon illusionär. Der Eindruck, dass auch die Türkei nunmehr eine privilegierte Partnerschaft – also eine zunehmende wirtschaftliche Verflechtung bei Beibehaltung der politischen Strukturen - favorisieren könnte, ist nicht mehr auszuschließen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung konzentrierte sich in ihren zivilgesellschaftlichen Dialogprogrammen thematisch auf einen Rechts-Dialog, also einen Austausch über das Verständnis von Sozialpolitik, Jugendpolitik und Frauenrechtspolitik. Zudem thematisierte die Stiftung umstrittene Fragen im Zusammenhang mit dem EU-Beitrittsprozess und organisierte in diesem Kontext u.a. mehrere Tagungen und Round Table-Veranstaltungen zur

Agrarpolitik der EU, die relevante Akteure aus Politik, Gesellschaft und EU zusammenbrachte. Im Juli 2007 erscheint das Handbuch zu Konzepten für die Entwicklung des ländlichen Raumes, das als Grundlage für Trainingsmaßnahmen der Zivilgesellschaft vorgesehen ist. Die Stiftung unterstützte Trainingsmaßnahmen für kommunale Entscheidungsträger, in denen diese über die die EU-Politik und die Rolle der Kommunen im Beitrittsprozess ausgebildet werden. Vermittlungsarbeit muss aus Sicht der Heinrich-Böll-Stiftung jedoch auch auf EU-Seite geleistet werden, um Vorurteile und Stereotypen gegenüber der Türkei abzubauen. In Berlin führte die Stiftung daher mehrere zentrale Veranstaltungen zu den aktuellen Entwicklungen in der Türkei und der Zukunft der türkisch-europäischen Beziehungen durch.

Anhang I: Politische Ereignisse im Überblick:

04.07.2006 Rundschreiben des Ministerpräsidenten Nr. 2006/16 fordert die betroffenen Institutionen zu Maßnahmen gegen Ehrenmorde auf.
 28.08.2006 Yasar Büyükanit löst den bisherigen Generalstabschef Hilmi Özkök turnusgemäß ab.
 12.09.2006 Zu dem Bombenanschlag in Diyarbakir, dem 10 Menschen zum Opfer fallen, bekennt sich die extrem nationalistische Gruppe Türkische Rachebrigade (Türk Intikam Tugayi).
 12.09.2006 Die Rede von Papst Benedikt XVI ruft internationale Proteste hervor.
 25.09.2006 Rede des Kommandeurs der Truppe, Ilker Basbug, in der er vor Islamismusgefahr warnt.
 02.10.2006 Begegnung zwischen Erdogan und US-Präsident George Bush.
 12.10.2006 Das französische Parlament stimmt mit 106 gegen 19 Stimmen einem Gesetz zu wonach die Leugnung des Genozids an Armeniern unter Strafe gestellt wird. Dem Gesetz muss noch der französische Senat zustimmen.
 12.10.2006 Orhan Pamuk erhält den Literatur-Nobelpreis
 05.11.2006 Der ehemalige Ministerpräsidenten Bülent Ecevit stirbt.
 08.11.2006 Der Fortschrittsbericht der Türkei wird Öffentlichkeit von der Kommission vorgestellt
 23.11.2006 Gesetz Nr. 11081 und entsprechende Durchführungsverordnung trat in Kraft, wonach die Staatsbürger der Türkei nicht mehr verpflichtet sind, in ihren Personalausweisen und Familienbüchern Angaben zur Religionszugehörigkeit zu machen
 26.11.2006 Protestdemonstration gegen Papstbesuch in Istanbul
 28.-30.11.2006 Besuch von Papst Benedikt XVI in der Türkei
 08.12.2006 Der Europäische Rat beschließt, acht von 35 Kapiteln für Verhandlungen vorübergehend zu schließen.
 19.01.2007 Ermordung von Hrant Dink
 21.01.2007 Die Staatsministerin für Frauenfragen, Nimet Cubukcu, veröffentlicht Zahlen über Ehrenmorde.
 30.01.2007 Urteil des EGMR zur 10-%-Hürde in der Türkei
 21.03.2007 Nevroz, Kampagne über die vermeintliche Vergiftung von Abdullah Öcalan
 DTP-Bezirksvorsitzender Diyarbakirs setzt die Entwicklungen in Kirkuk mit Diyarbakir gleich; in ihrer Rede auf den Nevroz-Feiern in Diyarbakir nennt Leyla Zana drei Menschen,

die sie in ihrem Herzen trage: Öcalan, Talabani und Barzani, im Vorfeld von Nevroz werden zahlreiche DTP-Büros durchsucht. 03-2007 Kampagne von KADER zur politischen Repräsentanz von Frauen im Parlament

29.03.2007 Eröffnung der Surp Hac Kirche als Aktamar-Museum, einer ehem. Armenischen Kirche
 März 2007 Reger diplomatischer Verkehr, um die Verabschiedung der Armenier-Resolution im US-Kongress zu verhindern, neben Militär, Außenministerium, Parlament sind auch zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen in die USA gereist.
 15.03.2007 KA-DER leitet eine Kampagne für politische Partizipation von Frauen bei der Parlamentswahl ein, die sog. Bart-Kampagne
 23.03.2007 Diskussion um das Minderheitengesetz, Staatspräsident Sezer legte Veto gegen das Gesetz Nr. 5555 ein.
 16-23.3.2007 Das Stiftungsgesetz wird vom Ausschuss für Justizangelegenheiten beschlossen aber vom Staatspräsidenten abgelehnt
 11.4.2007 Barzani erklärt öffentlich, dass für die Kurden Diyarbakir gleichbedeutend ist mit Kirkuk
 12.4.2007: Generalstabschef Büyükanit greift öffentlich in die Präsidentschaftswahl ein
 14.4.2007 Demonstrationen gegen die potentielle Kandidatur von Erdogan zum Staatspräsidenten, organisiert von den Atatürkcü Düşünce Dernekleri: Cumhuriyet Mitingi in Ankara.
 14.4.2007 Durchsuchungen des Redaktionsgebäudes der Zeitschrift Nokta.
 17.4.2007 Die Türkei veröffentlicht Anpassungsprogramm an EU, in dem das Ziel formuliert wird, bis zum Jahr 2013 die entsprechend notwendigen Reformen durchgeführt zu haben (Türkiye'nin AB Müktesebatına Uyum Programı).
 18.4.2007 In Malatya werden drei Beschäftigte eines religiösen Verlages, darunter ein Deutscher ermordet.
 19.4.2007 Die International Crisis Group veröffentlicht Bericht zu Nord-Irak
 20.4.2007 Die Wochenzeitschrift Nokta stellt ihre Herausgabe ein.
 24.4.2007 Ministerpräsident Erdogan gibt die Kandidatur von Abdullah Gül für das Amt des Staatspräsidenten bekannt
 24.4.2007 Gescheiterter Attentatsversuch auf den Vorsitzenden des Hochschulrates YÖK.
 26.4.2007 Gül verliert die erste Wahlrunde zum Staatspräsidentenam mit 357 Stimmen.
 26.4.2007 Die CHP stellt Antrag an Verfassungsgericht, den erste Wahlgang für ungültig zu erklären.
 26.4.2007 Generalstab veröffentlicht Dekret (muhtira) und warnt vor Eingreifen
 29.4.2007 Istanbul, 2. Republikstreffen, organisiert von den Atatürk Gedenken Vereinen, und dem Verein zur Unterstützung des zeitgenössischen Lebens (Çagdas Yasami Destekleme Derneği). Betont wurde, dass diese Demonstration hauptsächlich von Frauen getragen wird.
 Der Slogan des Treffens soll „Nicht Scharia, nicht Putsch, eine wirkliche demokratische Türkei“, auf der Demonstration soll vor allem gegen „religiöse Rückwärtsgeandtheit (gericilige), gegen Separatismus, Rassismus und Putsche“ demonstriert werden.

01.05.2007 Das Verfassungsgericht erklärt den ersten Wahlgang zum Staatspräsidenten für ungültig wegen nicht erreichter Mindestbeteiligung von zwei Dritteln der Abgeordneten des türkischen Parlamentes (bei 550 Sitzen entspricht dies 367 Stimmen).

01.05.2007 Bei 1.Mai-Demonstration in Istanbul werden ca. 900 DemonstrantInnen festgenommen

5.5.2007 DYP (Mehmet Agar) und ANAP (Erkan Mumcu) beschließen den Zusammenschluss ihrer Parteien in der Demokratischen Partei (Demokrat Partisi, DP).

6.5.2007 Demonstrationen in Manisa, Canakkale u.a. mit mehreren Zehntausenden TeilnehmerInnen.

09.05.2007 Das Türkische Parlament verabschiedet Gesetz zum Bau von Kernkraftwerken

09.05.2007 Die pro-kurdische Partei hat beschlossen, unabhängige Kandidaten aufzustellen, um so die 10%-Hürde zu umgehen.

10.05.2007 Das Türkische Parlament beschließt mit 370:1 bei zwei ungültigen Stimmen in zweiter Lesung eine Verfassungsänderung (Ar. 102), wonach der Staatspräsident vom Volk gewählt wird; ebenso beschlossen wurde die Änderung von Art. 5 TVerf.. Damit wurde die Amtszeit des Staatspräsidenten auf fünf Jahre herabgesenkt; ebenso kann der Staatspräsident zwei Legislaturperioden lang sein Amt ausüben (374 Stimmen Zustimmung). Ebenso wird beschlossen, dass unabhängige Kandidaten auf einem Wahlzettel abgedruckt werden müssen.

13.5.2007 Izmir Meeting

14.5.2007 Orhan Pamuk erhält Ehrendoktorwürde des Robert Colleges der Bosphorus-Universität

17.5.2007 Die 9. Kammer des Berufungsgerichts hebt die Urteile gegen die in das Bombenattentat von Semdinli verwickelten Unteroffiziere auf.

21.05.2007 Erdogan entlässt den General Edip Basar vom Amt in der Sondervertretung der Internationalen Terrorbekämpfung,

22.05.2007 Einem Bombenattentat in Ankara fallen sechs Menschen zum Opfer, 60 Personen sind verletzt.

24.05.2007 Der im Fall Semdinli seines Amtes enthobene Staatsanwalt Ferhat Arikaya kündigt eine Beschwerde beim europäischen Menschenrechtsgerichtshof an.

24.05.2007 Staatspräsident Sezer weist das Gesetz zur Förderung des Bau und Betriebs von Kernkraftwerken ans Parlament zurück.

25.05.2007 Staatspräsident Sezer weist die Verfassungsänderungen bzgl. der Wahl des Staatspräsidenten ans Parlament zurück.

31.05.2007 Der Generalstabschef fordert erneut den Befehl zum Einmarsch im Nord-Irak

31.05.2007 Das Parlament beschließt erneut die Verfassungsänderungen bzgl. der Wahl des Staatspräsidenten.

03.06.2007 Die EU-Troika warnt die Türkei vor einer Intervention im Nord-Irak; US-Außenministerin Rice wirbt für Zurückhaltung im Nord-Irak.

04.06.2007 Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen PKK und Militär im Südosten

04.06.2007 Die politischen Parteien geben die Liste der Kandidaten bekannt; eine Einigung der ANAP und DP ist vorerst gescheitert

06.06.2007 Die Nachricht einer Militärintervention im Nord-Irak wird gestreut und kurz darauf dementiert

ⁱ Diesen Weg versucht die CHP hinsichtlich ihres europa-kritischen Kurses einzuschlagen. Während sie sich monatelang als die europa-kritische Stimme des Landes profilierte, versucht sie nun von diesem Image abzurücken.

ⁱⁱ Vgl. auch Cavdar, Gamze (7.5.2007): Behind Turkey's Presidential Battle, Middle East Report Online.

ⁱⁱⁱ Zaman Gazetesi 22.4.2007 sowie <http://www.haberbu.com>.

^{iv} http://www.cankaya.gov.tr/tr_flash/ACIKLAMALAR/25.05.2007-3865.html

^v TÜSIAD (2006): 130 Jahre Demokratie in der Türkei 1876-2006 (Türk Demokrasi'si 150 Yil), 10-jährige Aktualisierung von „Perspektiven der Demokratisierung in der Türkei“ zum Andenken an Bülent Tanör“, Istanbul, 66ff.

^{vi} Urteil des EGMR, 30.1.2007, 4, 7 und insb. 17.

^{vii} Vorläuferpartei der jetzigen DTP.

^{viii} Die mangelnde Repräsentanz von Frauen gilt noch stärker mit Blick auf die Anzahl der Bürgermeisterinnen bei 0,05% und der Vertreterinnen in den Kommunalen Parlamenten mit gerade einmal 0,56% und den Bezirksparlamenten mit 1,75%, vgl. <http://www.ka-der.org.tr>.

^{ix} Cosar, Simten (2007): Gleichheit bei der politischen Partizipation: Ist bartlose Politik möglich?, Istanbul, unveröff. Manuskript, erscheint demnächst in einer Publikation der hbs-Istanbul. Die Angaben weichen von denen der Frauenrechtsorganisation KA-Der teilweise ab, siehe <http://www.ka-der.org.tr>.

^x Vgl. Milliyet, 6.6.2007, so sind auf der AKP-Liste gerade einmal 11,45% weiblich, auf der CHP-Liste 9,45%.

^{xi} Die Vorläuferpartei hatte 2002 hiervon abgesehen. In gewisser Weise ist der damalige Schritt insofern nachzuvollziehen, als es unabhängigen Kandidaten nicht erlaubt ist, ihre parteipolitische Identität im Wahlkampf zu unterstreichen.

^{xii} Urteil des EGMR, 30.1.2007, 17 siehe auch ebd., 4ff..

^{xiii} EU-KOM (2006): Fortschrittsbericht 2006, 16.

^{xiv} Vgl. Radikal Gazetesi, 23.5.2007.

^{xv} Vgl. <http://www.bianet.org/2007/05/18/96210.htm>.

^{xvi} Cizre, Ümit/Menderes, Cinar (2007): Turkey Between Secularism and Islam: The Justice and Development Party Experience, ISPI Working Papers 12, Mailand, 4.

^{xvii} Vgl. Radikal Gazetesi, 5.6.2007.

^{xviii} Vgl. Radikal Gazetesi, 3.6.2007; <http://www.sendika.org>.

^{xix} Interessant ist, dass 73% der Bevölkerung in der Türkei der Meinung ist, derartige Karikaturen gehören verhindert, nur ca. 15% sahen diese als Konsequenz von Meinungsfreiheit (s. Carkoglu/Toprak, ebd., 30.).

^{xx} Vgl. Carkoglu, Ali/Toprak, Binnaz (2006): Religion, Gesellschaft und Politik in einer sich verändernden Türkei [Degisen Türkiye'de Din, Toplum ve Siyaset], TESEV yayinlari, Istanbul, 11.

^{xxi} Carkoglu, Ali/Toprak, Binnaz (2006): Religion, Gesellschaft und Politik in einer sich verändernden Türkei [Degisen Türkiye'de Din, Toplum ve Siyaset], TESEV yayinlari, Istanbul, 24.

^{xxii} Bei der Bitte, aufgeführte Problemfelder der Bedeutung nach einzustufen, wird das Problem, aufgrund des Kopftuches nicht an der Universität studieren zu können, an vierter Stelle genannt. Ein interessantes Ergebnis der Studie ist auch, dass das Tragen des Kopftuches nicht als zwingend für die Ehre der Frauen gesehen wird. Frauen könnten, so das Ergebnis der Studie, auch ohne Kopftuch zur Arbeit gehen etc. Das Kopftuch wird generell vielmehr als religiöse Vorschrift – nicht als politisches Symbol – gewertet (vgl. ebd., 25f.).

^{xxiii} Carkoglu, Ali/Toprak, Binnaz (2006): Religion, Gesellschaft und Politik in einer sich verändernden Türkei [Degisen Türkiye'de Din, Toplum ve Siyaset], TESEV yayinlari, Istanbul, 23.

^{xxiv} Vgl. Cizre, Ümit/Cinar, Menderes (2007): Turkey between secularism and Islam: The Justice and Development Party Experience, ISPI Working Paper 12, Mailand, 21.

^{xxv} Cizre, Ümit/Cinar, Menderes (2007): Turkey between secularism and Islam: The Justice and Development Party Experience, ISPI Working Paper 12, Mailand, 23.

^{xxvi} Vgl. Carkoglu, Ali/Toprak, Binnaz (2006): Religion, Gesellschaft und Politik in einer sich verändernden Türkei [Degisen Türkiye'de Din, Toplum ve Siyaset], TESEV yayinlari, Istanbul, 13.

Die AutorInnen betonen die Bedeutung des Bildungsgrades in dieser Frage und heben hervor, dass steigende Bildung zu einer zunehmenden Öffnung des Individuums gegenüber der Gesellschaft beiträgt. Die türkische Modernisierung und Verstärkung hingegen habe es nicht vermocht, diese Kluft zu überwinden.

^{xxvii} Carkoglu, Ali/Toprak, Binnaz (2006): Religion, Gesellschaft und Politik in einer sich verändernden Türkei [Degisen Türkiye'de Din, Toplum ve Siyaset], TESEV yayinlari, Istanbul, 25.

^{xxviii} Vgl. Turkish Daily News, 1.7.2007. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Toprak/Carkoglu in ihrer Umfrage vom Mai 2006, vgl. ebd., 30.

^{xxix} Vgl. Minority Rights Group International (2007): State of the World's Minorities 2007, Events of 2006, London, 99f.

^{xxx} Vgl. Carkoglu, Ali/Toprak, Binnaz (2006): Religion, Gesellschaft und Politik in einer sich verändernden Türkei [Degisen Türkiye'de Din, Toplum ve Siyaset], TESEV yayinlari, Istanbul, 11f. sowie 26f.

^{xxxi} Vgl. Cizre, Ümit/Cinar, Menderes (2007): Turkey between secularism and Islam: The Justice and Development Party Experience, ISPI Working Paper 12, Mailand, 16ff.

^{xxxii} Vgl. Radikal Gazetesi, 25.5.2007

^{xxxiii} NZZ, 27.11.2005: Streit im tiefen Staat der Türkei sowie Süddeutsche Zeitung, 1.5.2007: Türkischer Generalstabschef mit politischen Ambitionen.

^{xxxiv} Vgl. Radikal Gazetesi, 30.08.2006.

^{xxxv} Vgl. Radikal Gazetesi, 29.9., 02.10. sowie 03.10.2006; zur Rede von Büyükanit am 3.10.2006 siehe:

http://www.tsk.mil.tr/bashalk/konusma_mesaj/2006/2006_2007h_arpakegitimogretimyiliaciliskonusmasi.htm, bei der vom

Generalstabschef kritisierten Publikation handelt es sich um Lecha, E.S/Sole, D.M./Cizre, Ü./Aytar, V. (2006): Drawing Lessons from Turkey's and Spain's Security Sector Reforms for the Mediterranean, EuroMeSCo research project, Istanbul/Barcelona, Oktober.

^{xxxvi} Vgl. Radikal Gazetesi, 30.11.2007.

^{xxxvii} Vgl. hierzu auch die Kritik der EU-Kommission in dem Fortschrittsbericht (2006): 8.

^{xxxviii} Vgl. Politik der Ausweglosigkeit, www.boell.de

^{xxxix} Vgl. Radikal 09.04.2007

^{xl} Carkoglu, Ali/Toprak, Binnaz (2006): Religion, Gesellschaft und Politik in einer sich verändernden Türkei [Degisen Türkiye'de Din, Toplum ve Siyaset], TESEV yayinlari, Istanbul, 12.

^{xli} EU-KOM (2006): 8. Unter nationaler Sicherheit wird: "the protection and maintenance of the state's constitutional order, national presence, integrity, all political, social, cultural and economic interests on an international level, and contractual law against any kind of internal and foreign threat" zit. Weißbuch Verteidigung 2000, S. 2, Part 3, in: Lecha, E.S/Sole, D.M./Cizre, Ü./Aytar, V. (2006): 10.

^{xlii} TÜSIAD (2006): 130 Jahre Demokratie in der Türkei 1876-2006 (Türk Demokrasi'si'de 150 Yil), 10-jährige Aktualisierung von „Perspektiven der Demokratisierung in der Türkei“ zum Andenken an Bülent Tanör“, Istanbul, 84.

^{xliiii} EU-KOM (2006): 8.

^{xliiv} www.ntvmsnbc, 17.5.2007

^{xliiv} Die Entlassung des Staatsanwaltes, der die in das Bombenattentat verwickelten Militärs zur Rechenschaft ziehen wollte, ist nach Ansicht zahlreicher Intellektueller daher von enormer Bedeutung. Solange ein Staatsanwalt nicht ungehindert seine Tätigkeit ausüben kann, dürfte eine Aufdeckung von derartigen Attentaten kaum möglich sein.

^{xliiv} Hasan Celal Güzel in: Radikal Gazetesi, 30.11.2006.

^{xliiv} www.cnnturk.com, 29.3.2007.

^{xliiv} Vgl. Radikal, 21.4.2007. Am 20. April 2007 stellte die Zeitschrift ihr Erscheinen ein und beugte sich dem massiven Druck, der gegen sie aufgrund dieser Veröffentlichungen ausgeübt wurde. Gegen die Journalisten und den Inhaber der Zeitschrift wurden inzwischen zahlreiche Strafverfahren u.a. nach Artikel 301 eingeleitet.

^{xlix} Interview mit dem Herausgeber Alper Görmüs, in: www.Netpano.com, 16.4.2007, Einen Tag später wurde die Zeitschrift von der Polizei durchsucht, die Dateien auf den Computern kopiert.

¹ Vgl. Amnesty International (2007): Europa und Zentralasien: Zusammenfassung der Anliegen Amnesty Internationals in der Region: Juli-Dezember 2006, Türkei, AI Index: EUR 01/001/2007 (noch nicht veröffentlicht).

-
- ^{li} Amnesty International (2007): Europa und Zentralasien: Zusammenfassung der Anliegen Amnesty Internationals in der Region: Juli-Dezember 2006, Türkei, AI Index: EUR 01/001/2007 (noch nicht veröffentlicht), 2.
- ^{lii} Minority Rights Group International, State of the World's Minorities (2007): Events of 2006, London, 99f.
- ^{liiii} Milliyet Gazetesi, 27.09.2006.
- ^{liv} Carkoglu, Ali/Toprak, Binnaz (2006): Religion, Gesellschaft und Politik in einer sich verändernden Türkei [Degisen Türkiye'de Din, Toplum ve Siyaset], TESEV yayinlari, Istanbul, 28
- ^{lv} EU-Fortschrittsbericht, 2006, 22.
- ^{lvi} Minority Rights Group International, State of the World's Minorities (2007): Events of 2006, London, 99f.
- ^{lvii} Cizre, Ümit/Mendeas, Cinar (2007): Turkey between secularism and Islam: The Justice and Development Party Experience, ISPI Working Paper 12, Mailand, 10f.
- ^{lviii} Hinsichtlich der Lage der Turkmenen im Irak gibt es durchaus sehr widersprüchliche Positionen. Nicht alle sehen die Rechte der Turkmenen bedroht.
- ^{lix} Vgl. bitterlemons-international.org, edition 18., vol. 5, 10.05.2007, diverse Hintergrundbeiträge zu Kirkuk.
- ^{lx} zit. In Radikal Gazetesi, 13.4.2007.
- ^{lxi} Vgl. Radikal Gazetesi 22.5.2007.
- ^{lxii} Vgl. Minority Rights Group International (2007): State of the World's Minorities 2007, Events of 2006, London, 99f.
- ^{lxiii} Vgl. Fortschrittsbericht der EU-Kommission (2006): 24.